



Gemeinde Pfinztal

## **Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 27.02.2018**

<b>Ort:</b>	Selmnitzsaal (Europaplatz), Karlsruher Straße 84, 76327 Pfinztal (Berghausen)
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:40 Uhr

### **Anwesende Personen**

#### **Vorsitzende/r:**

Bodner, Nicola

#### **Ordentliche Mitglieder:**

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar  
Gegenheimer, Thomas  
Gutgesell, Andreas  
Herb, Artur  
Hörter, Frank  
Hruschka, Andreas  
Kirchenbauer, Achim  
Klingmüller, Charlotte  
Konstandin, Angelika  
Kunzmann, Reiner  
Lüthje-Lenhardt, Monika  
Möller, Eva  
Rahn, Klaus-Helimar  
Reeb, Tilo  
Rendes, Markus  
Ringwald, Markus  
Rothweiler, Edelbert  
Schaier, Barbara  
Schneider, Birgit  
Vogel, Roland  
Vogt, Thomas

#### **Schriftführer/in:**

Bauer, Christian

#### **Verwaltung:**

Härer, Roland  
Knobloch, Günter  
Müller, Rüdiger  
Sturm, Thomas

#### **Presse:**

Müller, Klaus

#### **Ortsvorsteher/in:**

Oberle, Gebhard

### **Nichtanwesende Personen**

#### **Ordentliche Mitglieder:**

Niebel, Karl-Peter



1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 19.02.2018.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil **im Mitteilungsblatt** der Gemeinde erfolgte am 22.02.2018.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da 22 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:  
Gemeinderat Rendes  
Gemeinderätin Eisenbusch-Costerousse



## T A G E S O R D N U N G

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner
2. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2018 und 2019 **BV/036/2018**
  - Beratung und Beschlussfassung
  - Satzungsbeschluss
3. Eigenbetrieb Wasserversorgung **BV/035/2018**
  - Wirtschaftsplan für die Wirtschaftsjahre 2018/19
  - Beratung und Beschlussfassung
4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Betreutes Wohnen Stammhaus Frommel", OT Söllingen **BV/030/2018/1**
  - Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
  - Beratung und Entscheidung
5. Bebauungsplan "Finkenstraße", OT Berghausen **BV/026/2018/1**
  - Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
  - Beratung und Entscheidung
6. Energetische Ertüchtigung der Grundschule Wöschbach **BV/033/2018**
  - Unterrichtung Vergabewettbewerbe gewerbliche Leistungen
  - Auftragserteilung
  - Beratung und Beschlussfassung
7. Errichtung der Anstalt ITEOS durch Beitritt der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und Vereinigung der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT am 01.07.2018 **BV/034/2018**
8. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse **BV/029/2018**
9. Mitteilungen der Bürgermeisterin
10. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
11. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



---

## **1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner**

---

Es lagen keine Wortmeldungen der fünf anwesenden Zuhörer vor.

## **2. Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2018 und 2019** **- Beratung und Beschlussfassung** **- Satzungsbeschluss**

---

**BMin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt ein:

In der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 19.12.2017 wurde der Entwurf zum Haushaltsplan mit Haushaltssatzung für das Jahr 2018/19 eingebracht.

Der Gemeinderat hat in öffentlicher Sitzung am 30.01.2018 über die Anträge zum Haushaltsplan beraten und beschlossen.

Danach hält sie folgende Haushaltsrede:

„Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderats,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

auf der Grundlage der Orientierungsdaten des Innen- und Finanzministeriums Baden-Württemberg hat die Verwaltung im Gemeinderat den Entwurf für den Doppelhaushalt 2018 / 2019 in der Dezembersitzung eingebracht.

Warum ein Doppelhaushalt 2018 / 2019? Die Umstellung auf das doppische Buchungssystem (kurz Doppik) machte dies erforderlich, denn die Umstellungsphase in der wir uns gerade befinden, ist mit sehr viel Arbeitsaufwand verbunden und bringt auch mit sich einher, dass wir uns bereits relativ früh 2019 mit der Haushaltsplanung für 2020 befassen werden müssen, sobald alle dafür notwendigen Unterlagen prüfungssicher vorbereitet worden sind. Dass dies eine Verwaltung unserer Größe nicht alleine schultern kann wurde vom Rat mit der Mittelfreigabe für die externe Unterstützung durch ein erfahrenes Fachbüro mitgetragen und auch ohne Zögern der Vorschlag der Verwaltung angenommen, einmalig – und in meiner Amtszeit das erste Mal – einen Doppelhaushalt für die Jahre 2018 / 2019 aufzulegen - vielen Dank hierfür.

Konstruktiv, fair und sachlich orientierte Beratung: In der Gemeinderatssitzung am 30.01.2018 haben wir über die eingereichten Anträge und gestellten Fragen intensiv beraten und entschieden, sodass der heutige Haushaltsentwurf der zu Verabschiedung vorliegt, die Handschrift wahrer Demokratie trägt.

Zurückblickend auf diese Beratungen habe ich für mich den Eindruck gewonnen, dass wir – als Entscheidungsträger - uns unserer Verantwortung bewusst sind und trotz teilweise variierender Auffassungen in Einzelfragen alle gemeinsam an einem Strang gezogen haben - geleitet von dem Motto „Wer nicht mit der Zeit geht, wird mit der Zeit gehen und wer seine Zukunft nicht aktiv steuert, steuert in eine ungewisse Zukunft“ (Unbekannt).

Unser gemeinsames Ziel: Für die in Pfinztal lebenden Menschen ein intaktes Lebensumfeld zu schaffen, die Lebensqualität zu verbessern und insgesamt die Grundlagen für eine positive Zukunft mit moderner und zeitgemäßer Infrastruktur zu legen.

Wir alle sind gewillt die damit verbundenen Herausforderungen anzugehen und zukunftsfähige, infrastrukturell notwendige Grundlagen vor Ort zu installieren und die hierfür notwendigen strategischen Entscheidungen zu treffen, wie beispielsweise im Rahmen der Erarbeitung eines neuen Kommunalentwicklungsplanes in dessen Prozess alle Facetten unserer Gemeinde eruiert und diskutiert werden, um darauf aufbauend die entscheidenden Weichen stellen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
die Ausgangslage für den Entwurf des Doppelhaushalts ist grundsätzlich positiv zu werten, denn die Finanz- und Wirtschaftsdaten machen deutlich, dass wir uns weiterhin in einem



stabilen wirtschaftlichen Umfeld bewegen und mit einem kontinuierlichen und sogar steigenden Steueraufkommen rechnen können.

Den zu erwartenden steigenden Einnahmen steht eine Vielzahl von steigenden Ausgaben gegenüber, sodass insgesamt keine spürbare Verbesserung der Gesamtfinanzsituation zu verzeichnen ist. Denn grundsätzlich haben wir als Kommune unsere Pflicht- und Kernaufgaben zum Wohle unserer Bevölkerung zu erfüllen.

Andererseits ist in diesem Zusammenhang aber auch deutlich herauszustellen, dass den Kommunen seit Jahren stets neue Aufgaben übertragen werden, sie andererseits aber nicht in die Lage versetzt werden, diese auch finanziell (personell) langfristig bewältigen zu können.

An dieser Stelle ein Appell an unser Bundes- und Landtagsabgeordneten unseres Wahlkreises, die kommunale Seite bei Ihren Beratungen und Entscheidungen nicht außen vor zu lassen, sondern die Praktiker vor Ort im Vorfeld mit einzubeziehen und nicht erst, wenn man mit den fatalen Folgen eines Gesetzes an der Basis zu kämpfen hat (Diesel).

Meine Damen und Herren,

um unseren Bürgerinnen und Bürgern auch künftig eine intakte und zukunftsfähige Infrastruktur als Basis bieten zu können muss die Gemeinde und Ihre Verantwortungsträger in den kommenden beiden Jahren Geld in die Hand nehmen, um die anstehenden Maßnahmen der Grundversorgung zu sichern und zu modernisieren.

Unsere eigene finanzielle Ausstattung reicht hierfür nicht aus. Aus diesem Grund sieht der Haushaltsentwurf eine Kreditaufnahme im Jahr 2018 von rund 5,2 Mio. Euro und 2019 von rund 3,7 Mio. Euro vor. Ob diese Planung letztlich so eintritt, hängt nicht zuletzt von etlichen äußeren Faktoren ab. So steht für viele Maßnahmen noch nicht fest, welche Zuschüsse die Gemeinde erwarten kann, ob die Auftragslage und die daraus resultierende Preisentwicklung der Planungen bestätigt oder ob Firmen generell und zeitlich in der Lage sind, die Aufträge fristgemäß auszuführen. Die Tatsache, dass wir aus dem vergangenen Jahr rund 3,9 Mio. Euro an Investitionsgeldern z.T. aus den gerade genannten Gründen nach 2018 übertragen mussten zeigt deutlich auf, dass es immer wieder viele Unwägbarkeiten gibt, welche die Realisierung geplanter Maßnahmen zumindest verzögern können. (Hinweis: 2017 musste daher die geplante Neukreditaufnahme nicht in Anspruch genommen werden.)

Dennoch bin ich der Ansicht – wie bereits Manfred Rommel gesagt hat: Wer bewahren will, braucht den Mut zu verändern“ ... und ich ergänze das Zitat ...und zu investieren.

Es ist essentiell wichtig, dass die Generation von heute, in die Lebensgrundlage der zukünftigen Generationen investiert und sich hierfür die notwendigen finanziellen Mittel sichert. Denn einfach nichts zu tun wäre ein nie mehr gutzumachender Fehler, der unsere Kinder oder allgemein gesprochen die nachfolgenden Generationen einmal einholen würde, denn ohne gezielte und umfassende Investitionen lassen sich die Sachwerte der Gemeinde nicht erhalten. Im Gegenteil, sie würden nach und nach verkommen und in späteren Jahren einen deutlich höheren Investitionsaufwand erforderlich machen.

Daten und Fakten

Daher weist der Doppelhaushalt im Entwurf nachfolgende Eckdaten auf:

Die vorgelegten Haushaltsplanentwürfe haben ein Gesamtvolumen von 57.772.300 im Jahr 2018 und 53.891.200 für 2019.

Im Verwaltungshaushalt sind 45.862.800 Euro in 2018 und 47.519.200 Euro im Jahr 2019 geplant. Wir haben versucht, sämtliche Preissteigerungen und Lohnerhöhungen einzuberechnen, weshalb sich der Verwaltungshaushalt 2019 um rund 1,6 Mio. Euro erhöht.

Größte Einnahmepositionen sind der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit jeweils über 11 Mio. Euro und die Schlüsselzuweisungen mit jeweils mehr als 10 Mio. Euro.

Auch die Gewerbesteuer entwickelt sich konstant nach oben, sodass wir in beiden Haushaltsjahren von Einnahmen in Höhe von 3,9 Mio. Euro ausgehen. Im Fokus der Verwaltung



steht neben der Entwicklung des Gewerbegebietes „Bühl“ primär in der nächsten Zeit die Schaffung einer kleineren Baufläche beim Fraunhofer Institut (ICT). Ein Teil dieser Fläche ist bereits durch den Flächennutzungsplan abgedeckt, für eine weitere, kleinere Fläche haben wir die Zustimmung des Nachbarschaftsverbands als Vorgriff auf eine künftige Änderung des Flächennutzungsplans.

Bei den Ausgaben schlagen die Finanzausgleichsumlagen mit jeweils rund 13 Mio. Euro sowie die Personalausgaben mit jeweils um die 12 Mio. Euro am stärksten zu Buche.

Die Kreisumlage haben wir für beide Haushaltsjahre mit jeweils 32 Prozentpunkten in die Pläne eingerechnet.

Die Zuführung zum Vermögenshaushalt beläuft sich 2018 auf rund 1,45 Mio. Euro und 2019 auf rund 1,12 Mio. Euro.

Das Gesamtvolumen des Vermögenshaushalts liegt 2018 bei 11.910.000 Euro. Zur Finanzierung des Vermögenshaushalts ist 2018 eine Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 2,6 Mio. Euro geplant. Die Rücklage wird Ende 2018 einen voraussichtlichen Stand von 800.000 Euro haben, sodass 2019 keine Mittel entnommen werden können.

Im Haushaltsplan 2019 liegt das Gesamtvolumen des Vermögenshaushalts bei 6.372.000 Euro.

Bei der Umsetzung der derzeit geplanten Maßnahmen würde der Schuldenstand der Gemeinde ansteigen. Ende 2018 würde dieser dann bei rund 18,2 Mio. Euro liegen und zum Jahresende 2019 auf voraussichtlich 21,9 Mio. Euro ansteigen.

Wie bereits eingangs erwähnt, nehmen wir in beiden Haushaltsjahren ordentlich Geld in die Hand, um dringende Investitionen zu tätigen. 10,9 Mio. Euro sollen 2018 und 5,2 Mio. Euro 2019 in Baumaßnahmen investiert werden.

Dabei machen die Fenstersanierung und die Dachsanierung in der Grundschule Wöschbach mit 1,2 Mio. Euro 2018 im Blick auf viele weitere Sanierungen und Erneuerungen in den anderen Schulen einen wesentlichen Anteil aus. Im gleichen Atemzug sind hier auch die rund 750.000 Euro zu nennen, die 2019 für die Dachsanierung, Fenstersanierung und die Fassadendämmung und die 400.000 Euro für den Vollwärmeschutz am Altbau der Schule ausgegeben werden sollen.

Als familienbewusste Kommune ist es uns ein Anliegen, die Jüngsten unserer Kommune gut zu versorgen. Entgegen langfristiger Prognosen steigen die Kinderzahlen wieder an. Diese erfreuliche Entwicklung bringt natürlich die Herausforderung mit sich, die Betreuungsplätze kontinuierlich ausbauen zu müssen. Dankbar sind wir, dass es immer wieder gelungen ist, vorhandene Ressourcen nutzen und vorhandene Räume umnutzen zu können. Dies stellt sich kurzfristig als echte Entlastung heraus. Danke an dieser Stelle an alle Kindergartenträger, die uns helfen, diese Aufgabe zu bewältigen. Bei der Schaffung von Betreuungsplätzen sind wir nun aber an einem Punkt angelangt, an dem größere Investitionen auf Grund gestiegener Nachfrage notwendig sind. Deshalb sollen im Bahnwinkel in Söllingen, in Kleinsteinbach beim Kindergarten Unterm Regenbogen insgesamt 100 Betreuungsplätze entstehen. Für den weiteren Ausbau der Betreuungsplätze stehen im Doppelhaushalt rd. 1,8 Mio. Euro zur Verfügung.

Auch die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger liegt uns am Herzen, so stellen wir im Doppelhaushalt über 1 Mio. Euro an Investitionen in die Feuerwehr zur Verfügung. Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle allen Feuerwehranhörigen für Ihr Engagement für unsere



---

Sicherheit.

In unsere Kläranlage investieren wir 2018 rund 400.000 Euro und 2019 rund 300.000 Euro.

Bei den Investitionen in unser Kanalisationssystem sind die rund 1,9 Mio. Euro 2018 und die rund 1,3 Mio. Euro 2019 für die Außengebietsentwässerung und hier konkret die Kanalaufdimensionierungen herauszuheben. Damit können wir nun endlich Nägel mit Köpfen machen, um das Risiko von Überschwemmungen bei künftigen Starkniederschlägen im Bildungszentrum zu verhindern.

Rund 1,25 Mio. Euro 2018 und 1,0 Mio. 2019 werden in unsere Straßen, Gehwege, Radwege und Brücken investiert. Dabei sind wir zuversichtlich, dass endlich in diesem Jahr der Radwegbau in der Wöschbacher Straße begonnen werden kann. Ab dieser Woche werden die Arbeiten zur Sanierung der Pforzheimer Straße weitergeführt und bis Ende April zum Abschluss gebracht werden. Hierfür sind Mittel in Höhe von 220.000 Euro eingestellt.

Neben den baulichen Investitionen sind auch Mittel für die Erstellung eines Parkkonzeptes im Haushaltsplan enthalten. Dieses Parkkonzept benötigen wir als Grundlage für künftige Entscheidungen, um die vorhandene Situation langfristig verbessern zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
nach all den baulichen und konzeptionellen „Investitionen“ unseres Doppelhaushaltes werden noch weitere wichtige „Investition“ für unsere Gemeinde sowohl an Zeit als auch mit der Bereitstellung eines finanziellen Rahmens in unserem Doppelhaushalt bedacht: Dies ist die Senioren-, Jugend-, Inklusions-, und Integrationsarbeit

Die im letzten Jahr durchgeführte Auftaktveranstaltung im Rahmen unserer Jugendbeteiligung vor Ort wird in diesem Jahr weitergeführt werden. An dieser Stelle danke ich unseren Sozial-, und Jugendarbeitern sowie unseren Direktoren für Ihre aktive Unterstützung.

Auch eine aktive Seniorenarbeit ist für eine weitblickende Gemeinde ein „Muss“. Aus diesem Grund haben wir in Pfinztal sowohl unseren Seniorenbeirat als auch unsere Seniorenakademie. Beide kommunalen Einrichtungen wirken aktiv und tatkräftig mit Angeboten in unserem gesellschaftlichen Leben in Pfinztal mit – vielen Dank an die Verantwortlichen – an dieser Stelle an den Seniorenbeirat und die Seniorenakademie. Sowie an unseren ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten, der als Schnittstelle und Multiplikator fungiert, damit, dass Wort „Inklusion“ keine theoretische Worthülse bleibt, sondern noch mehr in Pfinztal Fuß fasst und gelebt wird. Im Zeichen der Integration gilt mein herzlicher Dank der Flüchtlingshilfe. Danke für Ihr Engagement, Ihren persönlichen Einsatz und die wunderbare und unkomplizierte Zusammenarbeit.

Des Weiteren ist es nicht selbstverständlich, dass Pfinztal eine attraktive und lebenswerte Gemeinde ist, die über viele Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Betätigung verfügt, egal ob sportlich, musikalisch, sozial, religiös oder kulturell. Hinter diesem großen Angebot stehen viele ehrenamtlich tätige Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ohne sie, würde unser Gemeinwesen nicht funktionieren. Sie investieren viel Zeit und Mühe für andere und spielen eine tragende und unverzichtbare Rolle.

Dies schließt natürlich unsere Feuerwehr und Rettungsorganisationen vor Ort, unseren Familientreff, die Familienbesucherinnen und schließlich auch alle, die Zeit in die Kommunalpolitik investieren, mit ein.

Bei ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und in den Ortschaftsräten bedanke ich mich für die konstruktive und zielorientierte Zusammenarbeit bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2018/2019 und hoffe, dass Sie unseren gemeinsam erarbeiteten Haushaltsentwurf durch ihr positives Handzeichen bei der nachfolgenden Abstimmung mittragen werden und dadurch ein Zeichen setzen, damit Pfinztal seine Pflichtaufgaben wahrnehmen kann, die Infrastruktur modernisieren und nachhaltig entwickeln sowie die nötigen zukunftsweisenden Weichen stellen kann, um langfristig als attraktiver Lebens- und Wirtschaftsstand-



---

ort bestehen zu können.

Vielen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Haus für Ihre geleistete Arbeit.“

Im Anschluss hält **GR Ringwald** die Haushaltsrede der CDU-Fraktion:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Bodner,  
Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,  
Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
Sehr geehrte Vertreter der Presse,

vieles ist in Pfinztal unverändert geblieben, die immer noch angespannte Finanzlage und damit die eingeschränkten Gestaltungspielräume.

Wir beschließen heute den Haushalt der Gemeinde Pfinztal als Doppelhaushalt. Dies ist deshalb sinnvoll, da alle Gemeinden in Baden - Württemberg auf die kaufmännische Buchhaltung Doppik umstellen.

Die Kämmerei erhält dadurch die zeitlichen Kapazitäten um das neue umfangreiche Zahlenwerk im Jahr 2019 zu erstellen.

### **Verwaltung Einnahmen**

Ausgehend von einem stabilen Wirtschaftswachstum in Deutschland und vor allem auch in unserer Region. Kann in den Jahren 2018 und 2019 wieder mit stabilen und konstanten Steuereinnahmen und Zuweisungen gerechnet werden.

Einnahmen aus Landeszuweisungen, Einkommen- und Umsatzsteuer sind im Jahr 2018 und 2019 sogar mit einem Anstieg geplant!

Bei den Einnahmen aus Gewerbesteuern haben wir immerhin konstante Einnahmen. Angesichts dessen, dass in den letzten Jahren keine neuen Gewerbeflächen ausgewiesen wurden, müssen wir hier zufrieden sein.

Danke an alle Gewerbetreibenden und Bürger die ihre Steuern in Pfinztal entrichten.

### **Ausgaben**

#### **Personalkosten**

Die Personalkosten werden in den kommenden Jahren weiter ansteigen.

Gründe sind unter anderem neue Angebote und Aufgaben in der Kinderbetreuung und Betreuung von Flüchtlingen sowie durch die jährliche Fortschreibung der Löhne / Gehälter im öffentlichen Dienst.

Im Haushalt wird hier eine Steigerung der Löhne und Gehälter von 2,5 % eingepplant.

Der demographische Wandel geht an unserer Verwaltung nicht vorbei.

Wir benötigen in der Verwaltung rechtzeitig junge Leute mit frischen Ideen, die sich mit der vorhandenen beruflichen Erfahrung ergänzt.

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Verantwortung unserer Verwaltung junge Leute auszubilden und Fachwissen weiterzugeben.

Doch bei dieser Entwicklung der Personalkosten müssen wir wachsam sein und den Blick schärfen, eingreifen und unsere Möglichkeiten ausschöpfen damit hier kein überzogener Anstieg des Personalbestands stattfindet.





Bei den Ausgaben im Verwaltungshaushalt schlägt auch die Kreisumlage mit 32 % bzw. mit 711.194.00 € zu buche. Eine Ausgabe die im Jahr 2019 eine gewisse Unbekannte ist.

Lassen Sie uns den Blick richten auf die einzelnen Projekte und Herausforderungen in den Jahren 2018 und 2019. Gleichgültig ob schon begonnen oder erst in Planung.

### **Kindergarten—Kindertagesstätte—Hort**

Das gutes Betreuungsangebot für Kinder in Pfinztal wird weiter bedarfsgerecht ausgebaut. So konnte 2017 in Kooperation mit der evangelischen Kirchengemeinde Berghausen zwei Kindergruppen (Ü3) im alten Pfarrhaus eröffnet werden und am Bahnwinkel in Söllingen mit der evangelischen Kirchengemeinde Söllingen die Weichen für einen neuen Kindergarten mit 3 Kindergruppen gestellt werden.

Trotzdem werden in Pfinztal weitere Betreuungsplätze für unsere Kinder benötigt. So steht in Kleinsteinbach 2018 eine Erweiterung des Kindergartens „Unterm Regenbogen“ mit 40 Plätze an

In Berghausen gibt es Planungen für einen neuen Kindergarten. Wir werden uns hier mit der Frage des Standortes und den finanziellen Aufwand beschäftigen müssen.

Die Finanzierung der Betreuungsplätze für unsere Kinder wird zunehmend schwieriger.

Forderung nach gebührenfreien Betreuungsplätzen bleibt leider ein Wunsch.

Der Bund müsste eine gesetzliche Grundlage schaffen zur finanzielle Unterstützung der Kommunen. Er zwingt uns ja auch die Betreuungsplätze auszuweisen. So ist es aber weiter Aufgabe der Kommunen, die Kosten zu stemmen und die Gebühren festzulegen.

Das Land Baden - Württemberg schlägt einen Deckungsgrad der Betreuungskosten für Bürger von 20% vor. Der Kostendeckungsgrad in Pfinztal sollte nicht unter diesem Richtwert liegen.

### **Schulen**

In den nächsten zwei Jahren sollen umfangreiche Sanierungen an unseren Schulgebäuden erfolgen. Zusätzlich sind nach wie vor Auflagen des Brandschutzes umzusetzen. An den Schulgebäuden werden in erster Linie schon bekannte und angemahnte Mängel beseitigt.

- Sanierung der Toiletten am Ludwig—Marum Gymnasium, Geschwister Scholl Realschule und Schlossgarten Schule in Berghausen
- Grundschule Kleinsteinbach Sanierung Fenster, Heizkessel und Toiletten.
- Grundschule Wöschbach Sanierung von Fenster und Dach im Jahr 2018 und im Jahr 2019 anbringen von Vollwärmeschutz am Altbau.

Zur Sanierung der Klassenräume stehen jeder Schule in Pfinztal wieder 20.000 Euro zur Verfügung.

Investitionen in den Bildungsstandort Pfinztal stellen für uns eine anspruchsvolle Aufgabe dar, die einen großen Teil des Haushalts beanspruchen. Wir stehen zu diesen Ausgaben, sind sie doch eine Investition in die Zukunft unserer Kinder, in den Bildungsstandort Pfinztal



---

und in unsere Infrastruktur.

### **Wohnen in Pfinztal**

Das Baugebiet Heilbrunn - Engelfeld steht vor einem positiven Abschluss und wir werden in naher Zukunft die ersten Familien willkommen heißen die sich Pfinztal als ihre neue Heimat ausgesucht haben.

Diese Entscheidung nach Pfinztal zu ziehen, haben diese Familien nicht einfach so getroffen, sondern es liegt an der Lage und der guten Infrastruktur von Pfinztal direkt an der Technologie - Region Karlsruhe.

Wir müssen deshalb im Haushaltsjahr 2018/2019 dringend die Planung bzw. die Erschließung für Neubaugebiete in Pfinztal angehen.

Hier sehen wir an erster Stelle „Brückle-Mehl“ in Berghausen mit sehr guten Rahmenbedingungen für ein klassisches Neubaugebiet / Wohngebiet, sind aber auch offen für andere Baugebiete wie in Kleinsteinbach. Die Verwaltung hat uns eine Vorschlagsliste mit weiteren Möglichkeiten für Pfinztal bis Mai 2018 zugesagt.

Die ca. 7 Mio. Einnahmen aus dem Verkauf der gemeindeeigenen Grundstücke im Heilbrunn - Engelfeld und die weiter steigenden Einnahmen aus Einkommensteuer/Zuweisungen bestätigen, dass wir bei der Neuerschließung von Wohngebieten schnell aktiv werden müssen.

Bezahlbarer Wohnraum in Pfinztal ist nach wie vor Mangelware und nur mit günstigem Baugrund und einfacher Bauweise möglich. Zu prüfen wird sein, Beispiel Söllingen am Bahnwinkel als Investorenmodell, am bezahlbaren Wohnraum zu schaffen möglich ist. Flächen sind innerorts vorhanden, wie z.B. Berck-Müller Areal in Berghausen.

### **Bauprojekte, Sanierung von Straßen, Infrastruktur**

Pfinztal hat viele Großprojekte in Planung, diese werden immer wieder durch rechtliche Eingriffe wie Petitionen, private Klagen oder fehlende Zuschussbescheide gebremst und verzögert.

Diese künstlichen Verzögerungen haben uns in den letzten Jahren einen Haushalt ohne Neuaufnahmen an Krediten ermöglicht - aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

So kommen die Projekte wie Außengebietsentwässerung des Bildungszentrums, Radweg und Kanalsanierung Wöschbacher Straße erst in den Jahren 2018 und 2019 zur Umsetzung und sind somit im Doppelhaushalt als Ausgaben geführt.

Das Radwegnetz Pfinztals wird durch den Antrag der „CDU Fraktion“ von Berghausen nach Jöhlingen ausgebaut. Vor allem für die hohe Anzahl an Schüler aus Jöhlingen, die das Bildungszentrum Pfinztal besuchen ist dies ein wichtiger Sicherheitsaspekt.

Bahnübergänge: in Söllingen kann nun nach dem Abschluss der Petition endlich gebaut werden. In Kleinsteinbach plant die Bahn die Maßnahme, mit den Kauf des alten Bahnhofes in dem sich zur Zeit eine Gaststätte befindet und drängt auf eine Lösung in den nächsten Jahren.

Die Kläranlage in Berghausen muss ausgebaut, werden da von der Europäischen Union neue Gewässerrichtlinie erstellt wurden, diese beinhalten neuen Richtlinien und Werte für die Einleitung von geklärten Wasser in die Nordsee und so auch in die Pfinz.

Unsere jetzige Technik erreicht diese neuen Werte nicht mehr und müssen somit in einen umfangreichen Ausbau der Kläranlage mit neuer Technik investieren um diese neuen Vorgaben der Europäischen Union zu erfüllen.

Alternativ bleibt zu prüfen wie sich die Kosten entwickeln, wenn das Abwassernetz Pfinztals



an die Stadt Karlsruhe angebunden werden könnte.

### **Flüchtlinge**

Der Flüchtlingsstrom nach Europa nimmt ab und der Landkreis baut weiter seine Gemeinschaftsunterkünfte in den Kommunen zurück. Unsere Aufgabe ist es jetzt Wohnraum für diese Menschen und unsere Mitbürger bereitzustellen.

Integration von Flüchtlingen ist auch in unsere Gemeinde keine kleine Aufgabe.

Es wurden 2 Integrationsmanager eingestellt – bis Ende 2019 – werden diese Stellen vom Land Baden – Württemberg finanziell unterstützt.

-Aber was kommt dann?

-Was ist mit dem Familiennachzug?

Auch hier keine Aussage vom Land und Bund wie es nach 2019 für Kommunen, personell und mit finanzieller Unterstützung weitergeht.

### **Gewerbe**

Die Planung für die Gewerbeflächen an der Jöhlinger Straße in Berghausen wurde 2017 auf den Weg gebracht und mit einer Fläche von 23.000 m<sup>2</sup> /2,3 ha ein Tropfen auf den heißen Stein und es gibt noch kein Bebauungsplanverfahren.

Es müssen dringend weitere Flächen geschaffen werden - so zieht sich weiter die Entwicklung der Gewerbefläche „im Bühl“ in Söllingen hin.

Die Erweiterung in Wöschbach / Berghausen „Im Täle“ halten wir für dringend geboten.

ICT - Nord in Berghausen sind Planungen von Gewerbe, auf der noch vorhanden Fläche kurz vor dem Abschluss – es muss dann die Planung, zur Erweiterung der Gewerbefläche am ICT schnellstens angegangen werden

### **Einkaufen**

Dauerthema ist die Nahversorgung in Söllingen. Es konnte auch im Jahr 2017 durch Petitionen und guten Gesprächen mit Behörden kein anderer Status Quo erreicht werden.

Der ehemalige Verbrauchermarkt in den Salzwiesen war zu klein und hat keine Möglichkeit sich zu vergrößern.

Der Verbrauchermarkt in der Ortsmitte von Söllingen kann aufgrund seiner Größe nicht das gesamte Sortiment für das tägliche Leben anbieten.

Hier muss mit allen Beteiligten eine Lösung gefunden werden.

- In den Salzwiesen oder an der Nordtangente

- einfach zu sagen die Bürger sollen nach Remchingen oder Karlsruhe mit dem Auto zum Einkaufen fahren ist keine Lösung.

- Kaufkraft aus Pfinztal fließt hier ab und wird in die Nachbargemeinde gebracht.

### **Senioren**

Der demographische Wandel macht um Pfinztal keinen Bogen und wir werden uns mit dem Thema Älter werden in Pfinztal intensiv beschäftigen müssen.

Es müssen weitere Betreuungsangebote für Senioren in Pfinztal geschaffen werden.

Mit dem Antrag der CDU – Fraktion „Standortsuche eines Pflegeheims/Altenheims in Kleinsteinbach“ wurde hier die ersten wichtigen Schritte getan.

In Söllingen können wir dieses Jahr noch mit dem Baubeginn von Wohnungen für betreutes Wohnen und Tagespflege-Plätzen am Emil Frommel Stammhaus rechnen.

In Berghausen erwarten wir die Planung für ein Pflegeheim mit Tagespflege im Berg — Müller



---

Areal.

Vergessen dürfen wir in Pfinztal nicht Menschen mit Behinderung.

Viele Eltern pflegen ihre schwerst körperlich behinderten Kinder zuhause, diese Eltern werden älter und können irgendwann ihren Kindern nicht mehr selbst die erforderlichen Pflegemaßnahmen zukommen lassen.

-Diese Menschen dürfen wir in unseren Planungen nicht vergessen.

-Diese Menschen brauchen in der Zukunft ein adäquates Betreuungsangebot in Pfinztal.

Mit dem Martinshaus in Berghausen haben wir eine Einrichtung die diesen Menschen ein Zuhause und ein Leben in unserer Gesellschaft ermöglicht, aber reichen die Plätze in der Zukunft aus?

Es stehen auch in dieser Einrichtung durch die gesetzliche Regelung (Heim-Bau- Nutzungsverordnung) zum Einbettzimmer größere Umbauten an.

Es ist wichtig diese Betreuungsplätze in Pfinztal zu erhalten, deshalb muss auch hier der Träger bei seinem Bauvorhaben in den Gremien und in der Verwaltung unterstützt werden.

Ein großes Dankeschön der CDU – Fraktion für die umfangreiche Arbeit an den Behinderntenbeauftragten und den Seniorenbeirat der Gemeinde Pfinztal.

### **Feuerwehr**

Um unsere Freiwillige Feuerwehr funktionsfähig zu halten, wird der vorgelegte Feuerwehrbedarfsplan abgearbeitet und die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt.

Zusätzlich zum Feuerwehrbedarfsplan werden in den Feuerwehrhäusern mit der Beseitigung des Sanierungsstaus im Jahr 2018 begonnen.

Danke an unsere Freiwillige Feuerwehr und Rotes Kreuz in Pfinztal für Ihre helfende Tätigkeit an der Bevölkerung.

### **Vereine**

Den Vereinen, vereinsähnlichen Gruppierungen und Bürgern im Ehrenamt sei ein herzliches Dankeschön gesagt.

Mit Ihren Aktivitäten im sportlichen, kulturellen, sozialen Bereich und ihrer Jugendarbeit leisten sie einen wichtigen Beitrag für das gesellschaftliche Leben in Pfinztal.

### **Fazit**

Im Doppelhaushalt 2018/2019 ist eine Kreditaufnahme geplant.

Dennoch ist die Erhöhung des Schuldenstands nicht nur negativ zu betrachten.

Wir investieren in einer Niedrigzinsphase, - die Neuverschuldung ist deshalb auch wirtschaftlich darstellbar – aber nur solange wie es unausweichliche Investitionen und Projekte für die Zukunft Pfinztals sind.

### **Schluss**

Deutlich wird, dass zunehmend Aufgaben an die Kommunen übertragen werden und die notwendige finanzielle Ausstattung von Bund und Land zu diesen Aufgaben fehlen und nicht ausreichend sind.

Fehlender und bezahlbarer Wohnraum, Mangel an Gewerbeflächen, Mängel und Sanierungsstau an Schulen, Betreuung von Flüchtlingen, Brandschutz oder weitere Angebote in der Kinderbetreuung sind Aufgaben die wir nicht vernachlässigen dürfen und die wir als Herausforderungen annehmen müssen.



„Die Zukunft ist nicht zum Nulltarif zu haben“

Deshalb ist es wichtig, dass wir uns mit einem gemeinsamen „Zukunftsdialog“ auf den Weg machen.

Zukunftsthemen diskutieren, Vorschläge und Maßnahmen gemeinsam erarbeiten.

Wir danken der gesamten Verwaltung – allen voran Herrn Sturm und seinem Team in der Kämmerei – für den gut vorbereiteten Haushaltsentwurf und die gute Unterstützung bei Fragen hierzu.

Dem Doppelhaushalt 2018/2019 stimmen wir zu.“

**GRin Eisenbusch-Costerousse** hält die Haushaltsrede für die SPD-Fraktion:

„Sehr geehrte Frau Bodner, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

wir haben es schon gehört, 2 Rekordhaushalte stehen an. Die 100 Mio.-Grenze wird in diesem und im nächsten Jahr überschritten. Das ist zunächst für eine große Kommune wie die unsrige mit 18.000 Einwohnern nichts Ungewöhnliches. Ungewöhnlich ist vielmehr, dass wir in diesem Jahr knapp 12 Mio. investieren wollen, aber nur 1,5 Mio. dafür erwirtschaften werden. Zum einen ist das den massiven Überträgen des letzten Jahres geschuldet. Arbeiten für 4 Mio. Euro wurden im letzten Jahr nicht ausgeführt oder noch nicht beglichen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Überlastung des Bauamts, Verzögerungen durch übergeordnete Behörden, fehlende Zuschussbescheide, usw. Was lehrt uns das? Kein Haushaltsplan wird so heiß gegessen, wie er gekocht wird.

Aber zurück zu den Investitionen. Allein 6,5 Mio. stecken wir in unsere öffentlichen Gebäude. 1,5 Mio. in Radwege, Gehwege und Straßen. Und das nur für 2018. 2019 geht es in ähnlichem Tempo weiter. Diese Zahlen offenbaren das ganze Dilemma der Kommunen. Bund und Land sprechen von Rekordüberschüssen, bauen damit Defizite ab, finanzieren damit Wahlversprechen. Aber bei den Kommunen kommt viel zu wenig von diesem Geldsegen an. Sofern sie nicht über große Gewerbesteuerzahler verfügen, nagen sie und damit wir alle am Hungertuch, bzw. müssen Schulden gemacht werden, wenn wir unsere Schulen, Kindergärten, Hallen, Feuerwehrhäuser, Straßen, und Gehwege erhalten wollen. Die kommunalen Landesverbände Baden-Württemberg haben dies mit aller Deutlichkeit gegenüber der grün-schwarzen Landesregierung geäußert, die sich der schwarzen Null rühmt, aber die Kommunen im Regen stehen lässt.

Ich möchte im Folgenden nun nicht auf die großen Ausgabenposten eingehen, die sowieso Pflichtaufgaben sind und Millionen verschlingen, wie z.B. die oben zitierte Gebäudeunterhaltung, den Hochwasserschutz, die Nachrüstung der Kläranlage, um nur einige zu nennen, sondern vielmehr hervorheben, was die SPD-Fraktion eingebracht hat und was für uns wichtig ist.

Z.B. die Kinderbetreuung: bereits bei Beginn der Planung des Neubaugebiets in Söllingen, haben wir beantragt, dass zeitgleich ein Kindergarten am besten im Gebiet selbst oder in der Randlage entstehen sollte, kombiniert mit bezahlbarem Wohnbau. Beides entsteht nun in dieser Haushaltsperiode. Unabhängig davon haben wir den Bau oder Ausbau weiterer KiTa-Plätze gefordert. Aber wie das dem Propheten im eigenen Land geht, wurde das viel zu spät aufgegriffen, so, dass wir nun zwar eine Hausnummer im Haushalt stehen haben, aber keinen Plan, wo, wie, was umgesetzt werden soll. Aber wir sind guten Mutes, da auch die Verwaltung nun endlich die Platznot erkannt hat und uns hoffentlich demnächst geeignete Vorschläge machen wird.



Z.B. die Seniorenbetreuung: bisher haben wir die Seniorenbetreuung im Unterschied zur Kinderbetreuung den Kräften des Marktes überlassen, zumal wir durch die Einrichtungen der Diakonie und AWO sehr kompetent versorgt wurden. Wir sind allerdings jetzt zur Auffassung gekommen, dass die Kommune mehr selbst steuern muss. Denn der letzte Kreispflegeplan belegt, dass bei uns viele Plätze fehlen. Zwar hat sich jetzt für das Berckmüllergelände in Berghausen ein großes Pflegeheimunternehmen in Stellung gebracht und Pläne vorgelegt. Allerdings müssen wir erkennen, dass wir bei privaten, Gewinn orientierten Vorhaben wenig Einfluss haben. Daher unser Antrag, dass sich die Gemeinde des Themas annehmen und nicht nur dem Spiel des freien Markts vertrauen soll. Denn das hat dazu geführt, dass in Kleinsteinbach überhaupt keine Einrichtung vorhanden ist. Wir wünschen uns, dass die Gemeinde mit geeigneten Trägern verhandelt, damit zumindest ein Betreutes Wohnen mit Tagespflege entsteht, damit auch die Kleinsteinbacher Senioren im Alter in ihrer Umgebung bleiben können, so wie das in Söllingen, Berghausen und Wöschbach der Fall ist.

Und wenn wir schon bei Kleinsteinbach sind: bereits seit Jahren verweisen wir darauf, dass Ochsenstraße und Reutweg die einzigen Zufahrtstraßen zu Fa. Rosswag, zu Schule und Kindergärten sind. Bei Unfällen, Bränden, usw. wären sie anderweitig nicht mehr erreichbar, ganz abgesehen davon, dass die immer größer werdenden LKWs zur Fa. Rosswag eine Zumutung für die Anwohner sind. Offensichtlich sieht jetzt auch die Verwaltung und der restliche Gemeinderat Handlungsbedarf, denn es wurden zumindest Planungsabsichten in den Haushalt aufgenommen. So könnte eine zweite Zufahrt zur Fa. Rosswag, ausgehend vom Stupfericher Eck eine deutliche Entlastung bringen.

Aber wir haben durchaus auch Sparanträge vorgelegt, die eventuell einer Erklärung bedürfen. So haben wir eine Querungshilfe im Oberdorf Berghausen abgelehnt, weshalb ich auch schon angesprochen wurde. Natürlich sind wir nicht dagegen, dass dort die viel befahrene B10 überquert werden kann. Aber sie soll sicher überquert werden. Querungshilfen gaukeln Sicherheit vor, die es nicht gibt. Autofahrer müssen nicht halten. Fußgänger glauben aber gern, dass sie es müssen. Das ist gefährlich. Wirklich sicher ist nur die Fußgängerampel. Die wird von den uns übergeordneten Behörden aber nur bei höheren Fußgängerzahlen bewilligt. Daher unser Antrag: erst einmal das Pflegeheim an der Stelle bauen und dann Fußgänger zählen. Da wird angesichts der zu erwartenden Besucher, Angestellten, Senioren sicherlich eine bessere Chance für eine Ampel entstehen.

Die SPD-Fraktion hatte in der Vergangenheit aus Kostengründen immer gegen einen Kapellenneubau in Wöschbach gestimmt. Aber wir hatten sehr wohl den Bedarf gesehen und deshalb eine Erweiterung der vorhandenen Kapelle angeregt und dieser zugestimmt. Durch diesen Kompromiss konnte eine große Mehrheit im Gemeinderat für das Vorhaben gewonnen werden und wir können nun einen äußerst gelungenen und großzügigen Bau in diesem Jahr einweihen.

Wir haben außerdem einen Antrag der CDU-Kollegen auf schnelle Planung der Neubaugebiete Brückle-Mehl oder Blümlesheld abgelehnt. Auch das bedarf einer Erklärung. Denn natürlich generieren Neubaugebiete Einnahmen durch Einkommenssteuer und eventuelle Grundstücksverkäufe und natürlich wird derzeit überall Wohnraum gesucht. Wir sind also nicht prinzipiell gegen Neubaugebiete, wie unser Vorschlag damals für das Neubaugebiet Engelfeld gezeigt hat. Aber uns fehlt vorab eine umfassende Diskussion über Bedarfe, Nachverdichtung, im Flächennutzungsplan vorhandene Baugebiete, Naherholungsgebiete, Auswirkungen auf die Natur, die Infrastruktur, wie Kitas, Schulen, Kanalisation, usw. Schnellschüsse sind mit uns nicht zu machen. Denn gerade unsere immensen Investitionen in die Unterhaltung von Schulen und Kindergärten, Rohrleitungsnetzen, Gehwegen und Straßen zeigen doch, dass wir keineswegs leichtfertig an dieses Thema gehen dürfen. Und eines dürfen wir im Wettstreit um neue Baugebiete nicht vergessen, eine der großen Stärken Pfinztals liegt in seiner angrenzenden Natur, die es unserer Meinung nach gilt soweit wie möglich zu



bewahren und falls möglich zu fördern. Außerdem hat sich gezeigt, dass unser Bauamt nur begrenzte Ressourcen hat. Engelfeld ist noch längst nicht abgeschlossen. Das Gewerbegebiet Bühl steht in der Warteschleife. Also gemacht, gemacht. Bei solch wichtigen Punkten sollten wir auch unsere Bürger mitnehmen. Ich fand es sehr bedauerlich, dass sich der Gemeinderat bei dem wichtigen Thema der dritten PKW-Unterführung in Söllingen gegen den Bürgerentscheid ausgesprochen hat. Stutensee hat es dieser Tage gezeigt, dass es da anders mit den Bürgern umgeht. Das sollte uns in Zukunft ein Beispiel sein. Und deshalb plädieren wir dafür bei wichtigen Entscheidungen die Bürger mit einzubeziehen.

Fazit: wir nehmen auch in diesem Jahr viel Geld für Investitionen in die Hand und müssen deshalb in die Rücklagen und auf Kredite zurückgreifen. Sofern alles realisiert würde, würden die Kredite in diesem Jahr bei 5 Mio. und im nächsten Jahr bei 3,7 Mio. liegen. Damit würde die Gesamtschuld auf deutlich über 20 Mio. steigen. Nicht zu vergessen, die 7 Mio. Schulden aus der Wasserversorgung, die getrennt vom Haushalt läuft. Ebenso nicht zu vergessen die 5,8 Mio. für die Nordumgehung Söllingen, 8,7 Mio. für die PKW-Unterführung Söllingen und die 1,1 Mio. für die Fußgängerunterführung, die insgesamt erst im Jahr 2021 in den Haushalt überführt werden. Spätestens dann, mit ca. 40 Mio. Schulden, ist kein wie auch immer geariteter Handlungsspielraum mehr gegeben.

Dabei muss nicht jede Lösung teuer sein. Ein Blick über den Tellerrand auf andere Kommunen zeigt, dass es viele Konzepte gibt, die das Zusammenleben erleichtern, eine Gemeinde lebens- und liebenswert machen, ohne viel zu kosten. Diese Konzepte fehlen in Pfinztal. Wir mahnen sie immer wieder an, aber leider ohne viel Erfolg. Sei es das Quartiersmanagement für Senioren, die Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen und ihre Bündelung in Familien- und Bürgerzentren, u.v.m. Wir haben stattdessen ein Bürgerhaus, das nicht barrierefrei ist, ein Familienzentrum, das keines ist. Wir haben einen ausgesprochen aktiven Seniorenbeirat, der immer noch keine Heimat hat und einen ausgesprochen aktiven Behindertenbeauftragten, der immer noch nach barrierefreien öffentlichen Räumen in allen 4 Ortsteilen sucht. Wir haben glücklicherweise viele Ehrenamtliche, die gute und wertvolle Arbeit leisten und deshalb so manches Manko in der Gemeinde wettmachen. Allen voran die Ehrenamtlichen in der Feuerwehr und beim Roten Kreuz, in den Kirchen und den Vereinen, in den Schulen, im sozialen Bereich, in der Flüchtlingshilfe und in der Politik. Ohne diese Vielzahl von Menschen, die ihre Energie und Freizeit zum Wohle ihrer Mitbürger opfern, kann eine Gemeinde nicht existieren. Dafür danken wir Ihnen allen ganz herzlich.

Und natürlich bedanken wir uns auch bei unserer Verwaltung, die sich von uns viele kritische Fragen und Anmerkungen anhören muss. Zur Entschuldigung oder Erklärung möchte ich sagen, dass das zu unseren Aufgaben gehört.

Die Gemeindeordnung von Baden-Württemberg sagt: „Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Gemeinde. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde - Der Gemeinderat überwacht die Ausführung seiner Beschlüsse...“. Das nehmen wir ernst.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Doppelhaushalt 2018/2019 sowie dem Wasserhaushalt zu.“

Im Anschluss daran hält **GR Herb** die Haushaltsrede der Grünen-Fraktion:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Gründe, diesen Haushalt abzulehnen gibt es verschiedene, z.B. fehlende Gestaltungsmöglichkeiten, der einleuchtendste wäre wohl der Schuldenberg. Bis zu 9 Mio. Euro Kreditaufnahme in zwei Jahren. Es haben sich wohl einige im Gremium daran erinnert, dass ein großes Thema beim Bürgermeisterwahlkampf 2011 "Schuldenabbau" hieß. Aber nichts für un- gut, Frau Bodner. In unserer Fraktion sind wir einer Meinung, wäre ein anderer Bürgermeister geworden, wären wir auch genau hier. Sie Frau Bürgermeisterin können dafür nichts. Wir werden dem Haushalt zustimmen. Abwasserkanäle veraltet, Schulen mit maroden Dächern und Fenstern, die enormen Kosten wegen den neuen Brandschutzbestimmungen, gerade Im



Schulzentrum, auch wenn manche unsinnige Schutzbestimmung nichts kostet, wie: keine Christbäume in den Gängen, die könnten ja hindern.

Lassen Sie mich jetzt bitte, nachdem wir schon einige Zahlen gehört haben, diese Haushaltsrede dazu nutzen, die Sehweise der Grünen Fraktion zur Ortsentwicklung dazulegen.

Entwicklung und Gestaltung:

Das Thema kann auch lauten, den Ort für die Bürger freundlicher machen. Platz für das Leben ist existentiell, weil er knapp ist, wenn wir Landschaft erhalten wollen. Trotzdem ignorieren die meisten Bürger und Politiker diese Tatsache, weil sie es nicht besser wissen wollen oder vergessen haben, dass Politik etwas verändern kann. Also überlassen sie Gestaltung des Ortes dem Markt, der Gewohnheit oder dem Zufall. Sehen sie, im November gab es in den BNN einen Artikel zur innerörtlichen Entwicklung am Beispiel Berghausen, Brückstrasse, Bahnhofsplatz. Die Idee war noch vom Herrn Roser, mit Studenten und Professoren vom KIT wurden Möglichkeiten entwickelt und vorgestellt Diese Ideen dürfen nicht in Schubladen liegen bleiben, wir sollten sie aufgreifen und gestalten.

Kolleginnen und Kollegen, eine Behauptung von mir: dies ist die Zeit der Einfamilienhäuser nicht mehr. Vorläufig. Wir brauchen Mietwohnungen, wir müssen in die Höhe bauen, wegen dem Platzmangel. Nicht falsch verstehen, so a la "Verdichtung wollen sie, im Ort", da verdichten wir doch. Verdichten und versiegeln ist nicht gleich. Am Beispiel Frommelhaus, freilich ist unsere Fraktion zum Betreuten Wohnen positiv, eingestellt und es gefällt uns, dass das Frommelhaus in seiner äußeren Form wieder ins Ortsbild kommt, aber die Verdichtung. Bis ins letzte, dann kriegen die im Rathaus gesagt, wenn ihr so nicht mitmacht, gibt's nichts, weil es sich nicht rechnet und wir Freizeitkommunalpolitiker sind überhaupt nicht in der Lage fachlich mizureden. Hier überlassen wir es dem Markt. Zum höher bauen, also fünf Stockwerke nennen wir in der Fraktion nicht Hochhaus. Und in den Ortskernen soll es auch nicht sein, solche Mietwohnungen sind doch denkbar Schloßgartenstrasse Richtung Jubez. Oder in der Nähe vom Feuerwehrhaus Söllingen, da wurde seinerzeit beim Thema Asylunterkunft auffallend schnell festgestellt, dass das hochwassergefährdet ist. Also es gibt feuchtere bebaute Gebiete. Und das Gebäude zwischen Rathaus und Bäckerei, da gibt es unter uns welche, die das abreißen wollen für Parkplätze, also Leute, wir brauchen doch dieses Haus, mit wenig Mitteln ist das billiger Wohnraum! Neue Ortsmitte Söllingen, die erwähnte Arbeit vom KIT, als da die Professorin mit ihren Studentinnen kam, hat die Leute nur interessiert, dass hinter der Kelter auch künftig geparkt wird, die armen Frau wusste sich gar nicht zu helfen. Der Ortschaftsrat will auch die Parkplätze und wenn die kleine Scheune abgerissen wird, können da auch drei Autos parken. Pflanzte Bäume auf Parkplätzen! Unsere Fraktion braucht kein Parkraumbewirtschaftungskonzept. Wir sind aber gespannt, was da herauskommt. Plant für Radler und Fußgänger. Die Zeitkorrespondentin Petra Pinzler sagt gar in der Ausgabe Nr. 1, 2018 unter der Überschrift "für die Stadt": "Wagt den Krach mit dem Autofahrer"! Wir sollten in der Tat Radfahrer und Fußgänger bevorzugen, der Meinung der SPD-Fraktion zu einem geplanten Fußgängerüberweg im Oberdorf Berghausen, "Querungshilfen bieten keine Sicherheit" sind wir in der Fraktion ausdrücklich nicht. Dagegen bin ich der Meinung der CDU, beim Engelfeld sieht man doch den Bedarf an Einfamilienhäusern. Wir würden auch 500 neue Häuser loskriegen. Und zum höher bauen, Supermarkt, die Sache ist ganz banal: unter einem Wohnhaus ist im EG ein Supermarkt. Bevor der Discounter drauf kommt, sollten das unsere Rahmenbedingungen sein, keine ebenerdigen Märkte mehr mit Parkplätzen.

Das ist alles nur ein Ausschnitt. Ein Radweg nach Jöhlingen wäre toll, zwischen B 293 und Bahn, der oberhalb der Bahn ist Schotter und nicht nachtauglich, mit Walzbachtal kontakten. Ein Fuß-Radweg vom Wässemle zum Hammerwerk wäre für uns ein Traum, für Herrn Dr. Rahn ein Alptraum, weil schon wieder der Mensch an der Natur rumwerkelt und wenn die Kollegin von der SPD bemerkt, das wäre dann die dritte Verbindung von Söllingen nach Kleinsteinbach, dann hat sie richtig gerechnet. Für uns ist es die kürzeste und entlang der Pfinz sollten wir schon gehen wollen. Wenn wir schon so heißen.





Lasst Kinder auf ehemaligen Parkplätzen spielen, erhältet Brachen und Abbruchhäuser für die Kreativen mit wenig Geld.

Die Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung für die Zusammenarbeit. Wir danken auch allen Kolleginnen und Kollegen für das Miteinander, ich danke fürs Zuhören.“

Es folgt die Rede von **GR Dr. Rahn**:

„Der Haushaltsplan 2018-2019 sieht für 2018 eine Neuverschuldung von 5,2 Mio. Euro und für 2019 von 3,7 Mio. vor. Dadurch wird die Verschuldung Pfinztals von jetzt 13,7 auf dann 21,9 Mio. Euro, d.h. um 60 % ansteigen!

Und das ist noch lange nicht das Ende der „Fahnenstange“.

Denn für 2020/21 stehen weitere Kreditaufnahmen von 16 Mio. Euro an, im Wesentlichen verursacht durch Projekte, die bisher außerhalb der regulären Haushaltsplanung laufen, nämlich die bereits gebaute sogenannte Nordumgehung Söllingen sowie die geplante PKW- und Fußgängerunterführung beim jetzigen Bahnübergang Söllingen.

Dies alles ist in der heutigen Situation weitestgehend unvermeidbar; allenfalls der Bau der PKW-Unterführung ließe sich, sollte sich die Gemeinderatsmehrheit dazu durchringen, noch stoppen.

Dies alles ist aber keineswegs durch widrige äußere Umstände verursacht, sondern weitgehend hausgemacht durch Fehlentscheidungen vergangener Jahre, die in aller Regel gegen die Stimmen der ULiP mehrheitlich im Gemeinderat beschlossen wurden.

So haben wir schon vor vielen Jahren, meist vergeblich, uns dafür eingesetzt, frühzeitig und regelmäßig in die Sanierung unserer Kanalisation zu investieren; hier holen uns jetzt die Versäumnisse früherer Jahre durch nunmehr unumgängliche Maßnahmen massiv ein.

So haben wir vor Jahren gegen die teure Nordumgehung Söllingen und für die preisgünstigere Nutzung der vorhandenen Salzwiesenstraße plädiert, und nachdem die Nordumgehung gebaut wurde, haben wir gegen den zusätzlichen Bau einer nicht zwingend notwendigen weiteren PKW-Unterführung votiert.

So haben wir vor Jahren, als die Grundschule Wöschbach erweitert werden musste, uns für die Variante „Aufstockung“ eingesetzt, die eine Erneuerung des damals schon als sanierungsbedürftig erkannten Daches mit beinhaltet hätte; beschlossen wurde damals mehrheitlich ein Anbau, so dass heute die Dachsanierung für weitere, jetzt unumgängliche Ausgaben sorgt.

So haben wir für eine Renovierung der Friedhofskapelle Wöschbach votiert; mehrheitlich beschlossen wurde ein deutlich teurerer, inzwischen realisierter Neubau.

So ließen sich noch eine Reihe weiterer Beispiele anführen, die zwar, wie die neue Friedhofskapelle, zweifellos „nice to have“, aber angesichts der seit Jahren bekannten prekären Finanzsituation Pfinztals wenig sinnvoll und keineswegs notwendig waren.

Hinweisen möchte ich auch noch darauf, dass in den vergangenen Jahren mehrfach, zuletzt im November 2017 mit direkter Auswirkung auf den vorliegenden Haushaltsplan, Anträge der ULiP, die Hebesätze für die Grund- und/oder Gewerbesteuer wenigstens teilweise an die höheren Hebesätze von Nachbargemeinden wie Walzbachtal oder Weingarten anzupassen, mehrheitlich von diesem Gremium abgelehnt wurden. Dadurch wurde, ich möchte sagen mutwillig, auch auf eine vertretbare und zumutbare Verbesserung der Einnahmesituation unserer Gemeinde verzichtet.

Ein letzter Kritikpunkt an dieser Haushaltsplanung richtet sich gegen Anträge, die von Seiten CDU und SPD bei den Vorberatungen eingebracht wurden. Nämlich die Anträge, wieder neue Wohn- und Gewerbegebiete auszuweisen bzw. neue Straßen bei Kleinsteinbach zu bauen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, hört doch bitte endlich auf mit diesem „weiter so“, mit diesem weiter wachsen, weiter vergrößern. Es mag ja sogar stimmen, wie die CDU behauptet, dass neue Baugebiete kurz- bis mittelfristig neues Geld in die Gemeindekasse bringen. Aber langfristig wird es sich nicht rechnen, immer größere Infrastruktureinheiten unterhalten zu müssen bei letztlich nicht dauerhaft größeren Einwohnerzahlen.

Vor allem aber darf man doch hier nicht kurzfristig nur auf die eigene Gemeinde schauen, sondern muss auch das größere Ganze im Blick behalten. Und da ist es doch blanker Irrsinn, dass immer mehr Menschen in Ballungsgebiete wie Karlsruhe und seine unmittelbare Umgebung gelockt werden, wo dann nach „bezahlbarem Wohnraum“ geschrien wird, während in anderen Regionen Wohnungen zu Hunderten leerstehen und Infrastruktureinrichtungen wie Kitas oder Straßen nicht ausgelastet sind. Wie lange will die Politik, wie lange wollen Sie diese offensichtliche Fehlentwicklung eigentlich noch weiter nicht nur dulden, sondern auch noch aktiv fördern?

Ich denke, in den Ballungsgebieten dürfte zumindest kein einziger Quadratmeter neue Gewerbefläche mehr ausgewiesen werden, um nicht noch mehr Gewerbe und damit Beschäftigte dorthin zu ziehen, wo es ohnehin schon an bezahlbaren Wohnungen, an Kitas oder an nicht staugeplagten Straßen mangelt, während sogenannte strukturarme Gebiete im wahrsten Sinne des Wortes weiter verarmen. Dem sollten wir doch alle versuchen, entgegenzuwirken!

Zusammenfassend stelle ich fest, dass die ULiP für den vorliegenden „Schuldenplan“ nicht verantwortlich zeichnet. Wir lehnen diesen Haushaltsplan deshalb ab.“

Als letzter Redner spricht **GR Hruschka** für die Bürgerliste:

„Sehr geehrte Frau Bodner,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,  
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wie aus den vorangegangenen Redebeiträgen herauszuhören war, anhand der Zahlen, Daten und Fakten, befinden wir uns immer noch in einer finanziell sehr angespannten Lage, die uns unfreiwillig dazu zwingt eine Neuverschuldung in Kauf zu nehmen. Die Bürgerliste möchte nicht nochmals auf die Details eingehen, sondern das Wichtigste für sich zusammenfassen.

Was sein muss muss sein, Sanierungen und notwendige Vorsorgemaßnahmen an Schulen, Kindergärten, Feuerwehrhäusern und allen anderen öffentlichen Gebäuden.

Kindergartenplätze sind gefragt wie nie zuvor, was für die Gemeinde sehr erfreulich ist, da es zeigt, die Gemeinde wächst und gedeiht, aber auch eine große Herausforderung für die Verwaltung, allen gerecht zu werden. Die Weichen hierfür sind gestellt, aber sind auch mit Kosten verbunden.

Straßen und Kanalsystem sind vielerorts in einem sehr desolaten Zustand und sollten erneuert und repariert werden; ganz ohne Finanzspritze geht das auch nicht.

Hier bitten wir um mehr Akzeptanz für Krach, Schmutz und eventuellen Unannehmlichkeiten von Anwohnern. Es wäre wünschenswert, da die Verwaltung sich Ihrer Aufgaben bewusst ist und zum Wohle unser aller handelt, auch wenn es manchmal auf Unverständnis stößt, wenn es nicht so läuft wie es soll.

Pfinztal muss nach neuen Richtlinien des Landes seine Kläranlage ausbauen, erweitern und mit neuester Technik vielleicht auch noch zukunftsorientiert ausstatten.

Leider hat das Land den Scheck vergessen, um das zu finanzieren, so dass Pfinztal hierfür auch finanziellen Mittel aufbringen muss.



Auf dem Plan stehen auch unsere letzten Bahnübergänge. Der eine hat uns schon schlaflose Nächte beschert, der andere wird uns noch schlaflose Nächte und viele Diskussionen beschern.

Hier darf, aller Kosten zum Trotz, nicht auf Sicherheit am Bahnübergang verzichtet werden, aber auch das angeschlossene Wohngebiet und Schule mit mehreren hundert Schülern oder die Hagwald Halle die auch hundert Personen und mehr bei Veranstaltungen aufnimmt, dürfen nicht im Notfall von Feuerwehr, Notarzt oder anderen Rettungskräften durch längere Schließzeiten am Bahnübergang sozusagen abgeschnitten werden.

Eine wichtige Einnahmequelle bleibt nach wie vor die Gewerbesteuer, die immer gut zu Buche schlägt. Um dies noch zu verbessern wäre das Ausweisen neuer Gewerbegebiete sehr sinnvoll.

In dem Zusammenhang möchten wir uns noch über die Versorgung mit Lebensmittel und anderen Verbrauchsgütern Gedanken machen. Der Markt in den Salzwiesen wurde geschlossen, da er unter anderem den gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr entsprach und Umbaumaßnahmen und Vergrößerung erforderlich gewesen wären. Der Markt fällt nun weg. Im Ortskern befindet sich ein Vollsortimenter der auch wegen Platzmangel nur ein Gewisses Grundsortiment und somit das Notwendigste anbieten kann.

Im Grunde besitzt der Ort noch einen Vollsortimenter, der über ein sehr reichhaltiges Angebot verfügt, aber er ist sehr abgelegen und für Alleinstehende, Gebrechliche, Behinderte und in die Jahre gekommene Menschen ohne fahrbaren Untersatz, ohne Bahn oder Busanschluss sehr schwer zu erreichen.

Das Problem haben aber Kleinsteinbach und Wöschbach, auch schlimmer noch die haben gar nichts.

Was tun?

Bei der letzten Kerwe hat uns der Gewerbeverein aufgezeigt wie es gehen könnte. Es gab einen Kleinbus Service der die Anwohner von A nach B brachte und wieder zurück.

Warum wäre das nicht für alle in ganz Pfinztal möglich? Hier aber werden Kosten auch wieder eine große Rolle spielen.

Noch einmal auf die in die Jahre gekommenen Mitbürgerinnen und Mitbürger zurück zu kommen.

Es wäre toll wenn jeder Ortsteil über ein betreutes Wohnen, aber auch über ein Pflegeheim verfügen würde. Betreutes Wohnen steht in allen Ortsteilen außer Kleinsteinbach zu Verfügung aber was ist, wenn Betreuung nicht mehr ausreicht, dann bleibt nur noch ein Pflegeheim. Der Bedarf ist da und er wird in den kommenden Jahren stetig steigen. In Berghausen soll in Kürze ein solches entstehen aber es wird bei weitem nicht für ganz Pfinztal ausreichen.

Zudem sagt man, einen alten Baum versetzt man nicht, es ist schon schlimm das vertraute Heim zu verlassen und dann noch irgendwo in der Fremde abgeschnitten von Freunden, Nachbarn und Familienmitgliedern zu leben, ist aus unserer Sicht unmenschlich.

Wer sein ganzes Leben in Pfinztal gelebt hat sollte die Möglichkeit haben, seinen Lebensabend hier zu verbringen. Den vertrauten Klang der schlagenden Kirchturmuhren und Kirchenglocken. Den gewohnten Lärm der Straße sowie das Rattern der Züge auf den Schienen hören zu können. Für den Einen ist es vielleicht Lärm und Krach, für viele ist es aber Heimat.

Wir alle hier sind Verantwortlich für das, was wir tun, aber auch für das was wir nicht tun.

Abschließend wollen wir Danke sagen.

Unserer Verwaltung und allen Angestellten der Gemeinde für ihre hervorragende und professionelle Arbeit.

Dank sei auch all den Spendern geschuldet, die mit ihrer finanziellen Zuwendung verschiedene Projekte der Gemeinde unterstützen sowie unseren Steuerzahlern und Gewerbetreibenden.



Danken wollen wir den Männern und Frauen der Freiwilligen Feuerwehr dem DRK Pfinztal und Ihren Familien für ihre ehrenamtliche Tätigkeit, die zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger viel Zeit und Familienleben opfern.

Des Weiteren bedanken wir uns bei allen Ehrenamtlichen, die die Gemeinde mit ihrer Arbeit unterstützen und entlasten.

Nicht außer Acht zu lassen sind unsere Vereine, die mit ihrer Arbeit die Gemeinde kulturell mitgestalten und nicht zuletzt durch ihre Jugendarbeit am Leben erhalten.

Im Namen der Bürgerliste darf ich dem Doppelhaushalt sowie dem Wasserhaushalt 2018 / 2019 zustimmen.

Danke für ihre Aufmerksamkeit!"

***Der Gemeinderat beschließt den Haushaltsplan und die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2018/19 mit 20 Ja- und 2 Nein-Stimmen.***

### **3. Eigenbetrieb Wasserversorgung Wirtschaftsplan für die Wirtschaftsjahre 2018/19 - Beratung und Beschlussfassung**

**BMin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt kurz mit dem Sachverhalt ein:  
In der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 19.12.2017 wurde der Entwurf zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung für die Jahre 2018/19 vorgelegt.

Es wurden bis zur Sitzung keine Anträge zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Wasserversorgung für das Jahr 2018/19 gestellt.

**GR Ringwald** gibt zum Wirtschaftsplan folgende Stellungnahme der CDU ab:  
„Trinkwasser“ ist ein Nahrungsmittel und Bedarf einer guten Qualität zu jeder Tages- und Jahreszeit.

Dies ist aber für die CDU Fraktion kein alleiniger Grund für die erneute Anhebung des Wasserpreises auf 2,50 pro Kubikmeter und damit den höchsten Gebühren für Wasser im Landkreis zu haben.

Durch den Verlustvortrag in der vorhandenen Höhe und Investitionen sei aber die Erhöhung des Wasserpreises leider nicht zu vermeiden gewesen.

Rekordmengen beim Wasserverkauf in 2016 (816.229 M<sup>3</sup>), Reduzierung der Wasserverluste (durch Rohrbrüche) konnten den Verlustvortrag nicht reduzieren.

Die Verwaltung sollte deshalb versuchen, dieses Problem zu lösen. Hierzu sollte man sich die Frage stellen, wo weitere Optimierungen im Wasserhaushalt möglich sind.

Die Zukunft unserer Wasserversorgung muss so gestaltet werden, dass diese zu einem bezahlbaren Preis für die Bürger möglich ist.

Dem Wasserhaushalt 2018/2019 stimmen wir zu.“

**GR Dr. Rahn** erklärt, die ULiP werde dem Wirtschaftsplan zustimmen. Allerdings nur mit Bedenken. Die Wasserversorgung mache Schulden, obwohl man keine Neuinvestitionen tätige. Es könne nicht sein, dass man für den Erhalt der Anlagen Schulden aufnehme. Er appelliert an die Verwaltung hier in vertretbare finanzielle Bereiche zu kommen.



---

**FBL Sturm** bedankt sich beim Gremium für die Fragen und Anträge zum Haushalt und bei Herr Müller von den BNN für dessen Geduld bei den Beratungen. Zusammenfassend könne man sagen, dass der Gemeinderat aufgrund seiner Sitzungsdisziplin den Haushalt in relativ kurzer Zeit beschließen konnte.

***Der Gemeinderat beschließt den Wirtschaftsplan 2018/19 des Eigenbetriebes Wasserversorgung einstimmig.***

---

**4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Betreutes Wohnen Stammhaus Frommel", OT Söllingen**  
**- Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss**  
**- Beratung und Entscheidung**

---

**BMin Bodner** verliest die Sitzungsvorlage:

In der öffentlichen Sitzung des Bauausschusses am 06.02.2018 wurde über die nachfolgende Sitzungsvorlage beraten. Dabei hat sich der Bauausschuss mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung für den o.g. Beschlussvorschlag ausgesprochen (Hinweis: der Beschlussvorschlag ist zwischenzeitlich modifiziert worden). Zuvor war der Verwaltung aufgegeben worden, in der Synopse den letzten Absatz der Abwägungsempfehlung zu Ziffer 12.5 (Seite 14) zu streichen. Die Synopse wurde mit Datum 14.02.2018 entsprechend aktualisiert und ist als Anlage dieser Sitzungsvorlage beigelegt.

Der Vorhabenträger, die Firma Gebaka Bau GmbH, beabsichtigt auf den zwischenzeitlich von baulichen Anlagen geräumten Grundstücken Flst.Nrn. 101/1 und 101 (teilweise) die Errichtung von vier baulich miteinander verbundenen Hauptgebäuden zur Unterbringung von 28 selbstständigen Wohneinheiten für betreutes Wohnen, einer Wohngemeinschaft sowie einer Tageseinrichtung. Träger der Einrichtung soll nach Fertigstellung die Ökumenische Diakoniestation Pfinztal e.V. werden.

In der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 27.06.2017 war der Entwurf des Bebauungsplanes gebilligt und beschlossen worden, diesen öffentlich auszulegen. Der Entwurf lag vom 11.09.2017 bis 11.10.2017 öffentlich aus. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden von der öffentlichen Auslegung benachrichtigt. In der damaligen Sitzungsvorlage wurde noch von 29 selbstständigen Wohneinheiten gesprochen, was jedoch eine redaktionelle Nachlässigkeit war, da zu diesem Zeitpunkt bereits die gebilligten Pläne 28 Wohneinheiten belegten (aus Brandschutzgründen mussten zwei Wohnungen zu einer verschmolzen werden - was zwar im Plan berücksichtigt war, im textlichen Teil jedoch nicht aktualisiert wurde).

Dem Gremium wird nun das Ergebnis der eingegangenen Stellungnahmen und der hierzu ergangenen Abwägungsempfehlung der Verwaltung in Form einer Synopse vorgelegt. Das Gremium wird gebeten, sich mit der Satzung und deren Inhalte/Bestandteile sowie mit der von der Verwaltung verfassten Synopse auseinander setzen zu wollen und für den Gemeinderat hinsichtlich des Satzungsbeschlusses eine Empfehlung abzugeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass vor dem Satzungsbeschluss noch der Durchführungsvertrag zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger unterzeichnet werden muss. Eine nochmalige Behandlung im Gremium ist jedoch nicht erforderlich. Der Gemeinderat hat bereits in seiner Sitzung am 28.11.2017 den ausgearbeiteten Entwurf des Durchführungsvertrags - mit 28 Wohneinheiten - angenommen und die Bürgermeisterin dazu ermächtigt, diesen zu unterschreiben. Seinerzeit hat die Verwaltung auch vorgetragen, dass der Vertrag erst dann unterschrieben wird, wenn die Synopse zum Bebauungsplan erkennen lässt, dass keine Hinderungsgründe für einen Satzungsbeschluss bestehen.



**FBL Knobloch** fügt hinzu, dass neben den 28 Wohneinheiten auch zentrale Räume für die Bewohner und externe Besucher entstehen.

**GR Hörter** gibt an, man habe über die Notwendigkeit von Betreuungsplätzen heute schon einiges gehört. Die CDU habe sich für das Projekt stark gemacht. Es wurde bereits viel diskutiert, man sei auf einem guten Weg. Die Leute erwarten die Bezugsreife des Objektes. Er habe die Synopse gelesen und sei für die Anregungen dankbar. Die CDU werde zustimmen.

**GR Reeb** erklärt, es sei ein großes und wichtiges Projekt für Söllingen und Pfinztal. Die SPD werde mehrheitlich zustimmen. Teile der Fraktion stimmen aufgrund der Größenproportionen nicht zu. Man hätte sicherlich nicht zugestimmt, wenn ein privater Investor das Gebäude erbauen bzw. betreiben würde. Die Dringlichkeit für das Projekt werde ihm immer wieder bei Geburtstags- und Jubiläumsvisiten von den Senioren im Ort nahegelegt. Für die Anwohner wird die Bauphase sicherlich nicht angenehm, er hoffe auf eine ruhige Bauphase und Verständnis für den Baulärm.

**GR Dr. Rahn** sagt, man werde dem Bauvorhaben nicht zustimmen. Man halte das Vorhaben grundsätzlich für sinnvoll, notwendig und dringend. Allerdings halte man das Grundstück für den Bau zu klein. Die Verdichtung und Versiegelung sei viel zu stark, auch füge sich das Vorhaben nicht in die Umgebung ein. Wenn man keinen Bebauungsplan machen würde, wäre das Vorhaben nicht genehmigungsfähig. Die Bautiefe und die Versiegelungsflächen seien zu groß, die Verkehrssituation sei undurchdacht, da zu wenige Stellplätze in der Tiefgarage vorgesehen seien. Dadurch parkten die meisten Besucher in der Umgebung und im Umkreis habe man heute schon Parkprobleme. In der geplanten Form könne man deshalb nicht zustimmen.

**GRin Klingmüller** meint, man werde sich den Ausführungen von GR Dr. Rahn anschließen. Das Grundstück sei zu dicht und zu eng bebaut. Die Notwendigkeit für seniorengerechte Wohnungen sei auf jeden Fall gegeben. Aber man zweifle an dem Tiefgaragenkonzept, hier sei alles sehr eng und für die Zielgruppe nicht geeignet. Bei betreutem Wohnen habe man mobile Senioren, welche auch mit Fahrzeugen unterwegs seien. Daher seien die Parkplätze nicht passend. Die Lage des Objektes an der Straße sei schön aber zu viel.

**Mit 15 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung fasst der Gemeinderat folgenden Beschluss:**

- 1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander, werden die zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans mit Vorhaben- und Erschließungsplan abgegebenen Stellungnahmen entsprechend der Synopse der Verwaltung vom 14.02.2018 berücksichtigt bzw. bleiben unberücksichtigt.**
- 2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan in der Fassung vom 23.01.2018 wird mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan in der Fassung vom 06.03.2017 / 01.09.2017 nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i.V. mit § 4 Gemeindeordnung (GemO) als Satzung beschlossen.**
- 3. Die zusammen mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufgestellten örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 23.01.2018 werden nach § 74 Landesbauordnung (LBO) i. V. m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.**



## 5. **Bebauungsplan "Finkenstraße", OT Berghausen** **- Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss** **- Beratung und Entscheidung**

---

**BMin Bodner** trägt folgenden Sachverhalt vor:

In der öffentlichen Sitzung des Bauausschusses am 06.02.2018 wurde über die nachfolgende Sitzungsvorlage beraten. Dabei hat sich der Bauausschuss mit 11 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung für den o.g. Beschlussvorschlag ausgesprochen. Hinweis: der Beschlussvorschlag wurde in Ziffer 2 hinsichtlich des beschleunigten Verfahrens modifiziert.

Der VGH hatte am 09.08.2016 im Rahmen des einstweiligen Rechtsschutzes (zur Normenkontrolle) den Bebauungsplan „Finkenstraße“ suspendiert. Als Grund hierfür wurde genannt, dass es sich vorliegend nicht um einen Innenbereich handelt und deshalb § 13a BauGB nicht greift. Zur Nacherfüllung hatte deshalb der Gemeinderat am 25.10.2016 einen Aufstellungsbeschluss für einen herkömmlichen Bebauungsplan im Vollverfahren (§ 10 BauGB) gefasst.

Nachdem am 13.05.2017 der § 13b BauGB in Kraft trat, der prinzipiell - mit gewissen Einschränkungen - wie der § 13a BauGB anzusehen ist und für angrenzende Flächen im Außenbereich gilt, hat die Gemeinde das laufende Verfahren mit GR-Beschluss vom 25.07.2017 auf ein „13b-Verfahren“ umgestellt. In gleicher Sitzung war der Entwurf des Bebauungsplanes gebilligt und beschlossen worden, diesen öffentlich auszulegen. Der Entwurf lag vom 14.08.2017 bis 25.09.2017 öffentlich aus. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden von der öffentlichen Auslegung benachrichtigt.

Dem Gemeinderat wird nun das Ergebnis der eingegangenen Stellungnahmen und der hierzu ergangenen Abwägungsempfehlung der Verwaltung in Form einer Synopse vorgelegt. Das Gremium wird gebeten, sich mit der Satzung und deren Inhalte/Bestandteile sowie mit der von der Verwaltung verfassten Synopse auseinander setzen zu wollen und für den Gemeinderat hinsichtlich des Satzungsbeschlusses eine Empfehlung abzugeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Baurechtsbehörde zwischenzeitlich im Vorgriff auf den Satzungsbeschluss drei Baugenehmigungen für Bauvorhaben auf den Baufeldern A und C erteilt hat und damit (indirekt) die vorliegende Synopse anerkannte.  
- soweit Sitzungsvorlage BA 06.02.2018.

In der Vorberatung wurde darauf hingewiesen, dass in Ziffer 5 der örtlichen Bauvorschriften (Seite 8) der Verweis auf Ziffer 7 der planungsrechtlichen Festsetzungen falsch sei und es richtigerweise „Ziffer 8“ lauten müsse. Des Weiteren sollte die Unzulässigkeit von Schotterflächen festgesetzt werden. Die Ziffer 5 der örtlichen Bauvorschriften wurde hinsichtlich beider Punkte geändert bzw. ergänzt. Aus verwaltungsökonomischen Gründen wurde das Fassungsdatum beibehalten.

**FBL Knobloch** erklärt weiter, dass die Anregungen aus der Sitzung des Bau- und Wirtschaftsausschusses aufgenommen wurden. Desweiteren wolle man die Finkenstraße in der 10 KW wieder für den Verkehr öffnen.

**GR Kunzmann** meint, man müsse nicht mehr diskutieren, die Häuser seien bereits genehmigt. Der Gemeinderat könne nur noch Kenntnis nehmen.

**BMin Bodner** bedankt sich für die Wortmeldung, erklärt, dass man dennoch über den Bebauungsplan abstimmen müsse.

**GR Dr. Rahn** erklärt, er halte das Vorhaben für sinnvoll. Da die Verfahrensform jedoch auf



---

den ökologischen Ausgleich verzichte, betrachte er sie als falsch.

**GR Ringwald** signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion.

**BMin Bodner** verliert den Beschlussvorschlag.

**Der Gemeinderat fasst mit 20 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden Beschluss:**

- 1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander, werden die zum Entwurf des Bebauungsplans abgegebenen Stellungnahmen entsprechend der Synopse der Verwaltung vom 03.01.2018 berücksichtigt bzw. bleiben unberücksichtigt.**
- 2. Der im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB aufgestellte Bebauungsplan in der Fassung vom 03.01.2018 wird nach § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i.V. mit § 4 Gemeindeordnung (GemO) als Satzung beschlossen.**
- 3. Die zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 03.01.2018 werden nach § 74 Landesbauordnung (LBO) i. V. m. § 4 GemO als Satzung beschlossen.**

- 6. Energetische Ertüchtigung der Grundschule Wöschbach**
    - Unterrichtung Vergabewettbewerbe gewerbliche Leistungen
    - Auftragserteilung
    - Beratung und Beschlussfassung
- 

**BMin Bodner** leitet den Tagesordnungspunkt ein und verweist auf folgenden Sachverhalt der Vorlage:

Die in den 1960er Jahren errichtete Grundschule in Wöschbach entspricht in keinsten Weise den heute an ein solches Gebäude zu stellenden energetischen Anforderungen. Deshalb hat der Gemeinderat bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2017 und auch beim Doppelhaushalt 2018/19 entsprechende Gelder für die Durchführung der notwendigen Sanierungsarbeiten bei Dächern und Fenstern zur Verfügung gestellt. Es sind dies für die

- a) Fenstersanierung aller Klassenräume und Aula 550.000 € und
- b) für die Dachsanierung 650.000 €

zusammen also 1,2 Mio. €.

Damit für dieses Vorhaben die zugesagten Zuschussgelder in Höhe von 432.000 € auch tatsächlich der Gemeinde zugehen, muss die Baumaßnahme bis Ende 2018 ausgeführt worden sein. Dies wiederum bedeutet, dass gerade die Öffnung der einzelnen Dächer nur in den Ferien erfolgen kann. Darauf sind die ganzen Vorgaben aus den Ausschreibungen der gewerblichen Leistungen abgestellt.

Nachfolgend werden nun die Ergebnisse der insgesamt fünf öffentlichen, VOB-konformen Ausschreibungen dargelegt.

**a) Metallbauarbeiten und Verglasungsarbeiten**

(lt. Kostenberechnung 304.500,00 € brutto)

1. Firma Hewe, Glas und Metallbau GmbH, Lahr	312.874,80 €
2. XXX, Bad Bergzabern	336.712,88 €
3. XXX, Bönningheim	337.222,20 €
4. XXX, Kappel-Grafenhausen	341.280,34 €
5. XXX, Kreuzwertheim	341.910,80 €
6. XXX, Hofheim	358.118,60 €





---

7. XXX, Waghäusel	358.284,01 €
8. XXX, Walzbachtal	365.460,90 €

Die Verwaltung schlägt vor, der Firma Hewe, Glas und Metallbau aus Lahr den Auftrag zu erteilen.

**b) Dachdeckungsarbeiten und Klempnerarbeiten**  
(250.000,00 € lt. Kostenberechnung)

1. Firma Sartorius, Bretten	187.254,59 €
2. XXX, Lichtenau	234.122,50 €
3. XXX, Salz	237.710,03 €
4. XXX, Landau	254.036,80 €
5. XXX, Sasbach	296.738,64 €
6. XXX, Karlsruhe	337.107,28 €
7. XXX, Murr	400.176,77 €

Die Verwaltung schlägt vor, der Firma Sartorius den Auftrag zu erteilen.

**c) Gerüstbauarbeiten**  
(Ansatz lt. Kostenberechnung 110.000,00 €)

1. Firma Burkart, Rheinstetten	69.800,28 €
2. XXX, Walzbachtal	75.081,62 €
3. XXX, Stutensee	87.556,63 €
4. XXX, Pforzheim	92.381,36 €

Es wird vorgeschlagen, der Firma Burkart den Auftrag zu erteilen.

**d) Blitzschutzanlagen**  
(in Kostenberechnung 15.000,00 €)

1. Firma Herma, Bietigheim	14.915,45 €
2. XXX, Offenburg	15.649,81 €
3. XXX, Karlsruhe	15.896,35 €

Es wird vorgeschlagen, der Firma Herma den Auftrag zu erteilen.

**e) Abbrucharbeiten und Holzbauarbeiten**  
(Lt. Kostenberechnung 255.000,00 €)

Hier haben keine Bieter abgegeben. Die Verwaltung versucht, weil aus Zeitgründen wirklich nichts anderes übrig bleibt, hier freihändig die beiden Lose zu vergeben. Weiteres hierzu wird in der Sitzung mündlich vorgetragen.

***Auf Folgendes muss hingewiesen werden:***

Gelingt es nicht, für die Lose „Abbrucharbeiten“ und „Holzbauarbeiten“ (vgl. Buchstabe e)) einen Unternehmer zu gewinnen, macht es keinen Sinn, die übrigen Lose zu vergeben. Dies deshalb, weil alle Folgegewerke von der Vorleistung aus „Abbrucharbeiten“ und „Holzbauarbeiten“ abhängig sind – also darauf aufbauen.

Erreicht es die Verwaltung, die noch zu suchenden Unternehmer zu gewinnen, dann – und erst dann – werden die übrigen Aufträge formal abgeschlossen. Würde anders verfahren, bestünde die Gefahr, dass die dann abgeschlossenen Verträge (wegen Wegfall der Ge-



schäftsgrundlage) aufzuheben sind und evtl. auch Schadensersatzansprüche (aus Sekundärrechtsschutz) zu befriedigen wären.

Lt. Kostenberechnung für Ansätze a) – e) war mit Kosten in Höhe von 934.500 € (brutto) für die ausgeschriebenen Leistungen zu rechnen.

Die zu beauftragenden Angebote nach a) – d) ergeben eine Gesamtsumme von 584.845,12 € (brutto). Zusammen mit Ansatz e) aus der Kostenberechnung (255.000 €) macht dies ein Gesamtbetrag von 839.845,12 €.

Mit einem 20%igen Zuschlag für Honorare und unter Berücksichtigung weiterer kleinerer gewerblicher Leistungen wie Baureinigung ergibt sich ein zu erwartender Gesamtaufwand von rd. 1.06 Mio. € (HH. 1,2 Mio. €).

**FBL Knobloch** berichtet ergänzend zur Vorlage von einer schwierigen Sachlage des Vergaberechts. Gestern habe die Gemeinde noch zwei Angebote für die Abbrucharbeiten erhalten. Das günstigste der beiden habe die Fa. Dürr aus Bretten abgegeben für 182.842,31 Euro. Ein hiesiger Zimmermann habe für 290.000 Euro angeboten. Die Verwaltung empfehle daher das Los E freihändig an die Fa. Dürr in Bretten zu vergeben. Diese habe bereits für die Gemeinde beim Bau der Aussegnungshalle Wöschbach gearbeitet. Man war mit der Firma sehr zufrieden. Die Vergabe solle in den nächsten Tagen erfolgen.

**GR Gutgesell** sagt, er sei froh, dass sich noch ein Angebot ergeben hat. Man sei Einverstanden mit dem Vorschlag und hoffe die Maßnahme auch 2018 beenden zu können, damit der Zuschuss nicht verfalle. Es sei auch zur Sicherung des Grundschulstandortes Wöschbach wichtig.

**GRin Schneider** erklärt, man habe keine Zweifel an der Notwendigkeit der Maßnahme. Sie erbittet jedoch ein Nutzungskonzept für das Gebäude. Man sei zwar sicher, dass man an der richtigen Stelle saniere, jedoch wäre es evtl. auch möglich, die Räume in der Schule anders zu nutzen. Vielleicht müsse man an der einen oder anderen Stelle Fenster umbauen und Wände einziehen. Man überlege auch den Hort in das Gebäude zu integrieren und den teuren Pavillon abzuschaffen. Vielleicht könne man im Schulgebäude auch eine Kinderbetreuung unterbringen. Allerdings sollte man solche Dinge vorher besprechen, bevor man die Sanierung angehe. Man werde der Sanierung zustimmen, jedoch nur wenn man eine richtige Nutzungsplanung erhalte. Man wolle Grundschulen in jedem Ort erhalten, allerdings sehe man in Wöschbach großen Bedarf, den man in die Nutzungsplanungen einbringen könne.

**GR Dr. Rahn** meint, er könne sich der Meinung von GRin Schneider nur anschließen. Man habe vor Jahren die Grundschule wegen Zweizügigkeit ausgebaut. Nun habe man nur noch einzügige Klassen. Daher sei Luft für eine anderweitige Nutzung. Die ULiP werde sich bei der Abstimmung enthalten.

**GR Kirchenbauer** möchte wissen, weshalb die Kostenberechnung 255.000 Euro vorsah, die Angebote nun bei 190.000 und 290.000 Euro lägen. Weiter möchte er wissen, ob nach Abschluss der Arbeiten mit einem höheren Betrag zu rechnen sei.

**FBL Knobloch** meinte, es gab zwei Angebote. Einer der Bieter meinte wohl, die Not der Gemeinde etwas ausnützen zu können. Beide haben die gleichen Angebotsanfrage erhalten. Die Fa. Dürr sei der günstigste Anbieter. Die deutlich niedrigere Angebotssumme komme daher, dass die Kostenschätzung immer etwas höher gehalten werde.

**BMin Bodner** formuliert daraufhin die Abstimmungsfrage.



**Der Gemeinderat fasst mit 20 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden Beschluss:  
Die Vergabe der Gewerke erfolgt an**

<b>a) Metallbauarbeiten und Verglasungsarbeiten</b>	
<b>Firma Hewe, Glas und Metallbau GmbH, Lahr</b>	<b>312.874,80 €</b>
<b>b) Dachdeckungsarbeiten und Klempnerarbeiten</b>	
<b>Firma Sartorius, Bretten</b>	<b>187.254,59 €</b>
<b>c) Gerüstbauarbeiten</b>	
<b>Firma Burkart, Rheinstetten</b>	<b>69.800,28 €</b>
<b>d) Blitzschutzanlagen</b>	
<b>Firma Herma, Bietigheim</b>	<b>14.915,45 €</b>
<b>e) Abbrucharbeiten und Holzbauarbeiten</b>	
<b>Firma Dürr, Bretten</b>	<b>182.842,31 €</b>

**7. Errichtung der Anstalt ITEOS durch Beitritt der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg und Vereinigung der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT am 01.07.2018**

**BMin Bodner** berichtet über folgenden Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 31.01.2018 teilt der KIVBF (kommunale informationsverarbeitung baden-franken) mit, das diese Institution über die im Beschlussvorschlag genannten Punkte am 16.05.2018 in der Verbandsversammlung beschließen wird. Aufgrund der Tragweite dieser Entscheidungen wird diese Fusion nicht als Geschäft der laufenden Verwaltung eingestuft, sondern erfordert ein Mandat des Gemeinderates für die Bürgermeisterin zur Zustimmung in der Verbandsversammlung. Zum Sachverhalt wurde uns folgender Text überlassen:

**a) Ursachen für die Fusion**

Eine 2014 eingeleitete Prüfung der bisherigen Zusammenarbeit der Datenzentrale Baden-Württemberg (DZ BW) und der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur Versorgung der baden-württembergischen Kommunen und ihrer Einrichtungen mit Leistungen der Informationstechnik hat gezeigt, dass die wirtschaftliche Aufgabenerledigung in der heutigen Struktur des Datenverarbeitungsverbands Baden-Württemberg (DVV BW) nicht dauerhaft gewährleistet ist.

Die partnerschaftliche Potenzialanalyse („commercial due diligence“) kam zu dem Ergebnis, dass mit der Zusammenführung der Geschäftstätigkeit aller vier Einrichtungen eine zukunftsfähige Organisation mit Wirtschaftlichkeitseffekten in einer Größenordnung von ca. 25 Millionen Euro innerhalb von fünf Jahren ab Fusion geschaffen werden kann. Gleichzeitig versetzt sich der DVV BW damit in die Lage, kommunales Wissen und IT-spezifisches Know-how für die Zukunft zu sichern.

Dies fördert die weitere Vereinheitlichung und Standardisierung der kommunalen Strukturen und Verfahren der Informationstechnik und trägt in Kooperation mit dem Land zum Ausbau einer modernen bürgerfreundlichen Verwaltung in Baden-Württemberg bei.

**b) Gesetzlicher Rahmen**

Den rechtlichen Rahmen für die Zusammenführung bildet das Gesetz zur Änderung des ADV-Zusammenarbeitsgesetzes und anderer Vorschriften,

- über das der Landtag Ende Februar 2018 beschließen wird, s. hierzu Anlage 1.

Es ist beabsichtigt, dass die Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF durch gleichlautenden



Beschluss in ihren Verbandsversammlungen der DZ BW beitreten. Dabei bringen sie jeweils ihr gesamtes Vermögen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge durch Ausgliederung (§§ 123ff UmwG) in die DZ BW ein, die damit per Gesetz zu **ITEOS** wird, einer Anstalt des öffentlichen Rechts, welche für die Kommunen die bisherigen Aufgaben der DZ BW und der Zweckverbände übernimmt, s. hierzu Anlage 2.

Unmittelbar darauf schließen die Zweckverbände sich zum Gesamtzweckverband 4IT zusammen.

Die Unternehmensformen wurden so gewählt, dass die bisherige Inhouse-Fähigkeit für eine Beauftragung seitens der künftigen Träger vergaberechtskonform gewährleistet bleibt.

### **c) Vermögensentwicklung**

Zum Gesamtvermögen der Zweckverbände und der DZ BW werden jegliche Aktiv- und Passivvermögen, sämtliche Arbeits-, Beamten- und sonstigen Dienstverhältnisse, alle bilanzierten und nicht bilanzierten Rechte und Pflichten sowie die jeweiligen Tochtergesellschaften gezählt.

Voraussetzung für die Fusion ist ein ausgewogener Vermögensausgleich. Die Fusionspartner haben vereinbart, dass die Zweckverbände im Gegenzug für ihr eingebrachtes Gesamtvermögen folgende Stammkapitalanteile an **ITEOS** zugewiesen bekommen: KIRU 22%, KDRS 22%, KIVBF 44%. Die übrigen Anteile (12 %) werden vom Land Baden-Württemberg gehalten. Die Zuweisung der Stammkapitalanteile wurde auf Basis des vorläufigen Vermögensausgleichs so vereinbart, dass Nachschusspflichten ausgeschlossen sind, s. hierzu Anlage 3.

Als Stichtag für den endgültigen Vermögensausgleich wird für alle Unternehmenseinheiten der 30.06.2018 angesetzt. Die abschließende Bewertung durch ein Unternehmenswertgutachten erfolgt zum 30.06.2018 vorbehaltlich anschließender Beschlussfassung durch den Verwaltungsrat und die Verbandsversammlung des Gesamtzweckverbands **4IT** im Dezember 2018.

Wie hoch dieses Gesamtvermögen sein wird, steht aufgrund der ausstehenden Jahresabschlüsse der Fusionspartner zum 31.12.2017 und 30.6.2018 noch nicht endgültig fest.

Die Anteile der Mitgliedskommunen an den heutigen Zweckverbänden bleiben mit dem Beitritt der Zweckverbände zur DZ BW wertmäßig unverändert.

### **d) Mitwirkungsmöglichkeiten**

Unmittelbar nach ihrem Beitritt zur DZ BW vereinigen sich die drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum neuen Gesamtzweckverband **4IT**, der gemeinsam mit dem Land die Trägerschaft von **ITEOS** ausübt und dafür mit den erforderlichen Aufsichts- und Kontrollfunktionen ausgestattet wird, s. hierzu Anlage 4. Weitere Einzelheiten regelt der Fusionsvertrag, s. hierzu Anlage 5.

21 der insgesamt 26 Verwaltungsratsmitglieder der **ITEOS** werden aus den heutigen Verbandsgebieten der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF entsendet. Jeweils vier dieser kommunalen Verwaltungsratsmitglieder kommen aus den bereits bestehenden fünf Mitgliedersegmenten, das 21. Mitglied repräsentiert die Mitglieder, die keinem Segment direkt zuzuordnen sind (z.B. kommunale oder regionale Verbände). Damit ist gewährleistet, dass alle Mitgliedersegmente gleich stark vertreten sind und über den Verwaltungsrat Einfluss auf die Entwicklung von **ITEOS** nehmen können.

Zusätzlich kann die Verbandsversammlung für jedes der fünf bekannten Mitgliedersegmente einen dauerhaften Mitgliederbeirat einrichten, aus dem wiederum Vertreter in den Organisati-



onsbeirat von **ITEOS** entsendet werden, um die spezifischen Anforderungen der von ihnen vertretenen Kommunen an das Produktportfolio in den weiteren Entscheidungsprozess einzubringen.

Der Gesamtzweckverband **4IT** verfügt über kein eigenes Vermögen und finanziert sich über Umlagen, die nach einem von seiner Verbandsversammlung festgelegten Schlüssel erhoben werden.

### **III. Zusammenfassung**

Ziel des Beitritts der Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zur DZ BW und der Fusion der Zweckverbände zum Gesamtzweckverband 4IT ist der Erhalt einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen kommunalen IT in Baden-Württemberg. Dabei liegt der Fokus auf der dauerhaften Verbesserung von Leistungen (Qualität, Service und Kosten) für Bestands- und Neukunden, indem die lokalisierten Synergien in den Leistungsprozessen sukzessive realisiert werden.

Die Entgelte für die von den Mitgliedern der Zweckverbände bezogenen Leistungen werden für eine Übergangszeit nach den heutigen Verbandsgebieten gesplittet, damit kein Verbandsmitglied gemessen am Status quo durch die Fusion schlechter gestellt wird, s. hierzu Anlage 6. Ferner werden die Mitglieder über eine Gremienstruktur verstärkt am Aufbau und an der Weiterentwicklung der Produkte und Dienstleistungen beteiligt.

Eine gemeinsame Trägerschaft durch den Gesamtzweckverband **4IT** und das Land Baden-Württemberg sichert **ITEOS**, und damit der kommunalen IT, eine zukunftsfähige Neustruktur. Die Kooperation zwischen dem Land und den Kommunen im Bereich der Informationstechnik und die Anbindung kommunaler Verfahren an die Verfahren der Landesbehörden sind wesentlich für den Ausbau einer bürgerfreundlichen digitalisierten Verwaltung. Dadurch wird die Produktivität des Unternehmens gesteigert, was dabei hilft, die Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltung zu sichern.

Es findet keine weitere Aussprache zum Tagesordnungspunkt statt.

#### ***Einstimmig fast der Gemeinderat folgenden Beschluss:***

- 1. Der Gemeinderat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt dem Beitritt des Zweckverbandes KIVBF zur Datenzentrale BW und der Vereinigung mit den Zweckverbänden KDRS und KIRU zum Gesamtzweckverband 4 IT zu.**
- 2. Der Gemeinderat beauftragt die Bürgermeisterin, in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KIVBF die Organe des Zweckverbandes zum Vollzug aller hierzu notwendigen Handlungen zu bevollmächtigen. Zu den notwendigen Handlungen gehören (insbesondere)**
  - die Zustimmung zum Beitritt des Zweckverbandes KIVBF zur Datenzentrale Baden-Württemberg durch Vereinbarung der Änderung der Satzung der Datenzentrale Baden-Württemberg**
  - die Zustimmung zum vorgesehenen Vermögensausgleich**
  - die Zustimmung zur Verschmelzung der Betriebsgesellschaften IIRU, KRBF und RZRS zu einer hundertprozentigen Tochter der aus der Datenzentrale Baden-Württemberg mit Beitritt der Zweckverbände hervorgehenden ITEOS (AÖR)**
  - die Zustimmung zum Fusionsvertrag der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF und ihrer Tochtergesellschaften sowie der Datenzentrale Baden-Württemberg**
  - die Zustimmung zur Vereinigung der drei Zweckverbände KDRS, KIRU und KIVBF zum Gesamtzweckverband 4IT.**



---

## 8. Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

---

**BMin Bodner** verliest die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse:

Verwaltungs- und Finanzausschuss 14.11.2017

**Suspendierter Bebauungsplan „Finkenstraße“**

- Benachteiligung der privaten Bauherren
- Gewährung eines Anerkennungsbetrages zum Ausgleich von Nachteilen aus der Normenkontrolle (eigentlich Eilrechtsschutzverfahren)
- Versuch einer gütlichen Lösung zur Herstellung des Rechtsfriedens

Der Finanzausschuss bestätigt die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise.

**Stundungen und Erlasse**

Eine Firma hat bei der Gemeinde Schulden. Diese werden in Ratenzahlungen abbezahlt.

Verwaltungs- und Finanzausschuss 12.12.2017

**Regenerative Energien Pfinztal GmbH**

- Übernahme des Jahresfehlbetrages durch die Gemeinde Pfinztal

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss beschließt die Übernahme des Verlustvortrages im geprüften Jahresabschluss der „Regenerative Energien Pfinztal GmbH“ in Höhe von 4.701,97 €.

Im Verwaltungshaushalt ist hierzu unter der Haushaltsstelle 1.8101 715000 ein Ansatz von 5.000 € eingestellt.

**Nutzung Gebäude Jöhlinger Straße 61 Pfinztal-Berghausen**

- Beratung und Empfehlung an den Gemeinderat

Kein Beschluss.

Arbeitsauftrag an die Verwaltung:

Erstellung eines Verkehrswertgutachten der Jöhlingerstraße 61.

Verschiedene Möglichkeiten und Alternativen aufzeigen um Kiga-Gruppen anderweitig unterzubringen sowie deren Kosten.

Die Kosten für den Bau eines Kiga auf dem TSV-Grundstück nochmal prüfen bzw. schauen ob dies kostengünstiger umgesetzt werden könnte.

**Stundungen und Erlasse**

Ein Schuldner hat bei der Schuldenberatung ein außergerichtliches Schuldenregulierungsverfahren beantragt. Für die Gemeinde Pfinztal wurde gegen Auflage von Bedingungen eine Quote festgestellt.

Gemeinderat 19.12.2017

**Abschluss eines Mietvertrages für die Kindertagesstätte Bahnwinkel**

- Beratung und Beschlussfassung

Der Mietvertrag mit der Baugemeinschaft Ettlingen eG ist -wie vorgeschlagen- abzuschließen.

***Der Gemeinderat nimmt die Beschlüsse zur Kenntnis.***

---

## 9. Mitteilungen der Bürgermeisterin

---

**BMin Bodner** verkündet folgende Termine:

9.3.2018 Waldbegang des Gemeinderates

9.3.2018 Jahresdienstversammlung der Feuerwehr in der Hagwaldhalle



---

9.3.2018 Vortrag des BUND  
9.3.2018 Jahresempfang des Landkreises Karlsruhe

---

## 10. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

---

**GR Kirchenbauer** fragt nach der notärztlichen Versorgung in der Gemeinde. Vor einigen Tagen musste ein Söllinger Bürger 35 Minuten auf das Eintreffen des Notarztes warten, als seine Frau bewusstlos war. Auch in der heutigen Ausgabe der BNN sei über das Thema berichtet worden. Er bittet die Bürgermeisterin, sich beim Landkreis und der Stadt Karlsruhe für eine gute notärztliche Versorgung einzusetzen. Er meint, 10 Minuten bis zum Eintreffen des Notarztes seien optimal, 15 Minuten in Ordnung. Ein Arzt habe ihm berichtet, dass Patienten mit Herzinfarkt die besten Chancen haben vollständig zu genesen, wenn sie nach 35 Minuten im Krankenhaus seien. Wenn allerdings allein der Notarzt 35 Minuten benötige bis er da sei, könne dies nicht mehr gewährleistet werden. Dann könne auch ein leichter Herzinfarkt schwere Folgen haben. Dies könne man so nicht hinnehmen. Er fordert, dass der Notarzt 10-15 Minuten nach der Alarmierung in allen Ortsteilen sein müsste.

**BMin Bodner** sagt, man sei dankbar für den Hinweis. Man werde Kontakt mit der Leitstelle in Karlsruhe aufnehmen und weiteres erfragen. Man könne nicht akzeptieren wie es laufe. Die Notärzte müssten die gleichen Einsatzbereitschaftszeiten haben wie die örtliche Feuerwehr.

**GR Gutgesell** erkundigt sich nach der Einweihung der Friedhofskapelle Wöschbach.

**BMin Bodner** erklärt, OV Oberle spreche derzeit mit dem Pfarrer über einen Termin.

**OV Oberle** sagt, die letzte Hürde für die Stützmauer im Außenbereich sei genommen. Ende der Woche werde man mit den Arbeiten fertig. Innen sei die Kapelle fertig. Es fehlten noch ein paar Pflasterarbeiten. Man rechne mit einem Einweihungstermin zwischen dem 15. und 30. April 2018.

**GR Kunzmann** ist der Ansicht, die örtlichen Feuerwehren seien optimal ausgestattet. Aus diesem Grund habe man viele Argumente, um beim Landkreis und der Stadt im Gegenzug eine weiterhin gute Sicherheit auch im Bereich der Rettung zu fordern. Einerseits würden Menschen durch die gute Ausstattung der Feuerwehren gerettet, andererseits würden sie dann auf der Straße ihren Verletzungen erliegen, da die notärztliche Versorgung nicht gewährleistet sei. Man müsse vehement fordern, dass die Versorgung besser werde.

**GR Hörter** ergänzt, dass die Engpässe seit Sommer letzten Jahres bekannt seien. MdL Neumann wollte sich bereits mit den Verantwortlichen austauschen. Bis heute habe sie keine Antwort auf Ihre Frage zur Weiterentwicklung der notärztlichen Versorgung für Pfinztal bekommen.



---

**11. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner**

---

Es lagen keine Wortmeldungen der restlichen zwei anwesenden Zuhörer vor.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

---

Bürgermeisterin Bodner

---

Gemeinderat Rendes

---

Christian Bauer

---

Gemeinderätin  
Eisenbusch-Costerousse